

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Wertages. Abonnementspreis mit der illustrierten Beilage „Der Spatz“ frei Haus halbjährlich 1.10 Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 2.16 Reichsmark einschließlich Bestellgeld Einzelnummer 15 Reichspfennig

Anzeigenpreis für die neungespaltene Millimeterzeile 10 Reichspfennig, bei Verfammlungen, Vereins-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig. Reklamen die dreispaltene Millimeterzeile 50 Reichspfennig. Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46 Fernsprecher: 25351, 25352, 25353.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 251

Dienstag, 27. Oktober 1931

38. Jahrgang

Neue Weltkonferenz?

Das Resultat von Washington / Neuregelung der Reparationen / Abrüstungsfrage hoffnungslos / Die Rolle des Senators Borah

WB Paris, 27. Oktober

Nach dem Newyork Herald soll Laval beabsichtigen, die französische Regierung um die Ermächtigung zur Einberufung einer Weltkonferenz gegen Ende des Jahres der an der Reparationsfrage interessierten Nationen einschließlich Deutschlands zu ersuchen, deren Aufgabe es sein würde, die Möglichkeit einer weiteren Reparationsherabsetzung und einen neuen Zahlungsplan zu erwägen, der als Ersatz für das am 1. Juli 1932 ablaufende Moratorium gelten dürfte.

Die oben wiedergegebene Meldung bestätigt die Richtigkeit unserer Auffassung, daß der absolute Pessimismus, den der Großteil der deutschen Presse gestern an den Tag legte, auf falschen Voraussetzungen beruhte.

Rein negativ ist das Ergebnis freilich zu bewerten, insofern es die Abrüstungsbestrebungen betraf. Das beweist die Tatsache, daß in der amtlichen Verlautbarung von der zuvor viel besprochenen amerikanischen Garantie für die französische Sicherheit überhaupt nicht die Rede ist. Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß sich das Laval nachgesagte Wort

„hier ist nichts zu machen, Europa muß sich selber helfen“

auf diesen Punkt bezieht.

Wir werden wohl nach der Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten noch nähere Einzelheiten über den Widerstand der Vereinigten Staaten gegen politische Zugeständnisse erfahren. Einstweilen wissen wir nur von den Auslassungen des Senators Borah über die dringende Notwendigkeit einer Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Herr Borah ist ein einflussreicher Mann. Er ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im amerikanischen Senat, und der Präsident der Vereinigten Staaten kann angesichts der parlamentarischen Lage in seinem Lande nicht wohl irgendwelche Versprechungen machen, wenn er der Opposition Borahs sicher sein muß. Indem dieser aber

das Problem der deutschen Ostgrenze

in die Debatte warf, verbaute er die Möglichkeit der Erfüllung der französischen Wünsche auf eine Unterstützung im Falle eines Krieges und schaltete damit eines der Kapitel, an dem Laval sehr viel gelegen war, aus der ernsthaften Erörterung vollständig aus.

Trotzdem aber muß zugegeben werden, daß doch einiges erreicht worden ist. Es hat immerhin seine Bedeutung, wenn

Vor der großen Entscheidung

Was wird aus dem Lohnniveau?

Der Vorwärts warnt

Berlin, 27. Oktober (Radio)

Die Schlichtungsverhandlungen für den Reichsbahnbetrieb, die am Montagmittag um 12 Uhr im Reichsarbeitsministerium begannen, wurden gegen 9 Uhr auf heute vormittag 12 Uhr vertagt. Am Montag kam man über die Parteiverhandlungen nicht hinaus, so daß eine Schlichterkammer noch nicht gebildet werden konnte. Sie wird erst nach dem Scheitern in Funktion treten. Außer über die Höhe der Reichsbahnarbeiter wird in diesen Tagen die Entscheidung über das Lohnniveau von über 1 Million Arbeiter in öffentlichen und privaten Betrieben fallen. Neben den Textilarbeitern, deren Lohnsätze im ganzen Reich gekündigt sind, neben den 600 000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Metallindustrie befinden sich im Augenblick die Verhandlungen über die Höhe der Gemeindearbeiter im entscheidenden Stadium.

Angesichts dieser Situation macht der „Vorwärts“ die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß sie in den Lohnkonflikten in der Zeit der schlimmsten Not eine politische Entscheidung ersten Ranges zu fällen habe. Die Bedeutung dieser Lohnverhandlungen liege nicht nur darin, daß es sich bei den Reichs- und Gemeindearbeitern um mehr als 1/2 Million Beschäftigte handle, sondern vor allem in der Tatsache, daß es hier um die Höhe von Arbeitern öffentlicher Betriebe gehe, auf deren Lohngefälle die Reichsregierung einen entscheidenden Einfluß habe. Wenn die Reichsregierung zulasse, daß die Höhe für Arbeiter in öffentlichen Betrieben in einem Jahr dreimal gekürzt werden, und zwar derart, daß sie nach dem Eingeständnis der Reichsbahnverwaltung oft nicht ausreichen, um die Mieten in den eigenen Wohnungen der Reichsbahn zu zahlen, dann komme das praktisch ungefähr auf die Erfüllung der Forderung der Schwarzmaier hinaus. Die schändlichen Reden gegen die Radikalisierung der Massen würden völlig entwertet durch Handlungen, die diese Massen zur Verzweiflung treiben müßten.

die Wichtigkeit der Erhaltung der Goldwährung

in Amerika und Frankreich festgestellt wird, denn es kann daraus doch wohl gefolgert werden, daß Frankreich nicht dazu beitragen will, durch weitere Abzüge von Geld die amerikanische Währungssituation zu verschlechtern. Es ist ferner von Wichtigkeit, daß man übereingekommen ist, vor Ablauf des Hoover-Moratoriums eine Verabredung über die internationalen Schulden zu treffen und daß dabei die an den internationalen Zahlungen und Reparationen beteiligten Mächte zum Ergreifen der Initiative aufgefordert werden, die doch nur die Einberufung einer internationalen Konferenz zum Ziele haben kann.

Am stärksten ins Gewicht aber fällt die Befundung einer Übereinstimmung bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die „den Weg für eine Hilfsaktion der beiden Regierungen ebren dürfte“. Dieses „dürfte“ ist sicher sehr vorsichtig und wenig verbindlich. Indessen kann man doch die Hoffnung hegen, daß bei den Unterhaltungen in Washington ein Verständnis für die Notwendigkeit einer aktiven Hilfeleistung für die notleidenden und bedrohten Länder durch die Besitzer des Goldes aufgebämmert ist. Wenn aus dieser Erkenntnis praktische Schlussfolgerungen gezogen würden, und zwar bald gezogen würden, so hätte die Zusammenkunft von Washington noch ein Resultat gehabt, mit dem man zufrieden sein könnte. Doch hier wird es vor allem auf die Bereitwilligkeit Frankreichs ankommen, aus seiner Reserve herauszutreten. und

in Frankreich waren es bisher eigentlich nur die Sozialisten, und in erster Linie ihr Führer Léon Blum, die das Interesse ihres Landes an der allgemeinen Verbundenheit der Nationen richtig erkennend, immer wieder für ein Verlassen des Standpunktes unrunder Passivität eingetreten sind.

Werden ihre Mahnungen jetzt ein stärkeres Echo bei den anderen Parteien und bei der französischen Regierung finden? Das ist die große Frage, die sich nach dem Abschluß der Washingtoner Konferenzen aufwirft.

Englands Meinung

WB London, 27. Oktober

„Daily Telegraph“ sagt über Lavals Besuch in Amerika u. a.: „Beide Regierungen werden wahrscheinlich eine internationale Aktion zur Regulierung der Goldbewegung in Erwägung ziehen.“ „Das Ergebnis der Besprechung über die Abrüstungsfrage kann nur den Eindruck verstärken, ob nicht ein Aufschub der für Februar festgesetzten Konferenz im Interesse der gemeinsamen Sache der Zivilisation liegen würde.“

Calmette gegen Deycke

München, 26. Oktober (Eig. Bericht)

Professor Calmette, der es im Namen des Pasteur-Instituts abgelehnt hat, sich als Sachverständiger vor dem Lübecker Gericht zu äußern, hat den „Münchener Neuesten Nachrichten“ auf deren Ersuchen den Grund seiner Ablehnung mitgeteilt. Seine Mitteilung lautet:

„Nach den Aussagen von Dr. Alstaedt, Professor Deycke und seiner Assistentin Anna Schläge scheint es offensichtlich, daß im Laboratorium des Lübecker Krankenhauses keinerlei Vorsichtsmaßnahmen unternommen wurden, um eine Verunreinigung der Kulturen von BCG und der virulenten menschlichen Bazillen zu verhindern, die in dem gleichen Laboratorium zur Herstellung der Deycke-Mischungen Partigene dienten. So kam es verhängnisvollerweise zu Verwechslungen und diese sind die einzigen Ursachen der Anglistfälle gewesen, die sich bei den Neugeborenen ereigneten. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß Professor Deycke und seine Freunde — um sich von dem schweren Fehler reinzuwaschen, der bei der Bereitung der BCG in einem Laboratorium begangen wurde, das weder hinreichend geeignet noch ausgerüstet für diesen Zweck war — erklären zu müssen glaubten, das BCG hätte zur Virulenz zurückgeschlagen können, während sowohl sie selbst wie die ganze Welt wissen, daß das BCG vollkommen unerschütterlich ist. Sie suchen die Verhandlung so zu wenden und so wenden zu lassen, daß nicht mehr das behandelt wird, was im Lübecker Laboratorium geschehen ist, sondern eine Diskussion über die biologische Eigenschaft des BCG entsteht, die in Wirklichkeit nicht zur Diskussion steht und über die auch von einem Gericht garnicht entschieden werden könnte. Zum größten Nachteil für ihren Ruf als Wissenschaftler haben Professor Deycke und seine Freunde nicht gezögert, vollkom-

Die kommunistische Sprengstoffzentrale

Ungeheure Mengen Dynamit gefunden

Berlin, 27. Oktober (Radio)

Die Berliner Kriminalpolizei hat, wie kurz gemeldet, bei dem kommunistischen Funktionär und früheren Straßenbahner Heberbrück drei Zentner Sprengstoff entdeckt und beschlagnahmt. Die Menge würde genügen, um ein ganzes Großstadtviertel in die Luft zu sprengen. Einen Teil der Sprengstoffe bewahrt Heberbrück in seiner Gartenlaube auf. Der Rest wurde am Montag in dem Keller seiner Wohnung gefunden. In den Kellerräumen wurden u. a. auch noch Drahtrollen, Metallbehälter, die zur Herstellung von Sprengkörpern dienen sollten, eine behelfsmäßig hergestellte Handgranate, Russkag, und elektrische Zünder und sonstiges Zubehör gefunden. Der Sprengstoff dürfte von Zechen- und Steinbruchbetrieben entwendet worden sein. Inwieweit der kürzlich aufgedeckte Sprengstoffdiebstahl bei Petershain mit den Nachenschaften des Heberbrück zusammenhängt, hat sich bisher noch nicht feststellen lassen. Im Zusammenhang mit den Sprengstoff-Funden bei Heberbrück besteht eine Abteilung der Berliner Polizei bereits am Sonntagabend das Haus der kommunistischen Parteizentrale am Filowplatz. Das Haus wurde am Montag morgen bis auf die Räume des Zentralkomitees wieder freigegeben. Die endgültige Räumung erfolgte am Montag abend. Die Durchsuchung hat wichtiges Schriftmaterial und Korrespondenzenutage gefördert, die inzwischen zur Entdeckung neuer Sprengstoffoffener führten. In verschiedenen Wohnungen kommunistischer Funktionäre in und außerhalb Berlins sind am Montag ebenfalls größere Mengen Sprengstoff und dazu gehörige Materialien beschlagnahmt worden. Die Befitzer wurden verhaftet, einige sind flüchtig. Auch ist die Polizei durch wichtiges Material aus dem Karl-Liebknecht-Haus einem Teil der Sprengstofflieferanten auf der Spur. Die Fäden der Organisation reichen bis nach Oberischlesien und Schleswig-Holstein.

Der italienische Besuch

Berlin, 26. Oktober

Amlich wird mitgeteilt:

„Anlässlich der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichskanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freimütigen Gedankenaustausch, den der Reichskanzler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vernehmen konnte, wurden in den Berliner Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird. Bei der Aussprache, die mit vollster Offenheit und in freundschaftlichster Gefinnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolge führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

Es gehört schon ein sehr großes Maß blinder Liebe für die italienische Tyrannei dazu, aus diesem ziemlich nichtsagenden Kommuniqué am Sonntag zu laugen, den man für eine Nebenplattierung deutsch-italienischer Freundschaft braucht. Es scheint, daß schon der Scharten Mussolinis in gewissen bürgerlichen Redaktionen zu völliger Geistesverwirrung geführt hat.

men falsche Dinge anzuführen, von denen sie selbst wußten, daß sie nicht exakt sind, z. B. jene Geschichte von den mit BCG geimpften und gestorbenen Kindern in „Cernid“ (Bulgarien). Die Geschichte wurde in allen ihren Einzelheiten erfunden von einem Dr. Simeonow, einem Agenten, und richtiggestellt von den offiziellen Hygienebehörden Bulgariens. Es ist das ein unbilliges Vorgehen. Man muß sich wundern, daß Männer der Wissenschaft es anwenden, um sich von dem furchtbaren Irrtum zu reinigen, den sie begangen haben und für den sie allein die Verantwortung tragen.“

Die Berliner Hugenberg-Presse wiederum bringt eine neue Nachricht über Calmette-Schädigungen in Ungarn, wo angeblich 12 Kinder nach der BCG-Fütterung gestorben sein sollen. Diese Tatsache wird mit Namen ungarischer Autoritäten belegt.

Wir stehen dieser Meldung wie allen weiteren Sensationsnachrichten mit äußerster Skepsis gegenüber. Nicht, weil wir von der Güte des Calmette-Mittels so fest überzeugt wären — sondern weil wir es für ausgeschlossen halten, daß irgendwelche derartigen Tatsachen bis heute unbekannt geblieben sein sollten, nachdem die gesamte wissenschaftliche Fachpresse Europas seit Jahren bemüht ist, auch die unheimlichste Tatsache zur Klärung der brennenden Calmette-Frage beizutragen.

Was die persönliche Haltung Calmettes anbetrifft, so ist allerdings zu bedauern, daß sie eine Abkehr von der anfangs mit allem Nachdruck aufrechterhaltenen Betonung der Solidarität der Wissenschaft bedeutet. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß es Deycke war, der zuerst die Verantwortung für das furchtbare Unheil auf Calmette wälzte.

Reichsbanner fordert:

Mehr republikanische Energie

Am letzten Sonnabend und Sonntag waren in Magdeburg die leitenden Funktionäre des Reichsbanners zur Besprechung der Lage versammelt. Darüber übermittelt der erste Bundesvorsitzende, Oberpräsident O. Hörsing, der Presse folgende Erklärung:

„In der am 24. und 25. Oktober zu Magdeburg abgehaltenen Konferenz der Gau- und Kreisführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold konnte einhellig festgestellt werden, daß trotz der unverminderten Wirtschaftskrise seit dem unheilvollen Wahltage des 14. September 1930 das Reichsbanner sich innerlich und äußerlich dauernd gekräftigt hat. Der kameradschaftliche Zusammenhalt und der Opferwille der im Bunde zusammengeschlossenen republikanischen Kriegsteilnehmer und Kriegsteilnehmer-Erhne ist so fest und unerschütterlich wie nie zuvor. Ebenso einstimmig mußten aber auch die Vertreter aller Gauen ernste Besorgnisse zum Ausdruck bringen. Das Bedauern, ja die Erbitterung ist allgemein, daß der verehrungswürdigen Person des Herrn Reichspräsidenten ein Mann mit bester Vergangenheit wie A. Hitler nicht hat ferngehalten werden können. Immer noch mißt die Zukunft mit zweierlei Maß. Daß im Lande Braunschweig zu zehntausenden aus dem ganzen Reich zusammengeholt faschistische Gewalttäter zwei Tage lang dort eine Gewalttätigkeit ausüben konnten und auch nachträglich nicht mit aller Entschlossenheit die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen worden sind, beleuchtet die Verwerflichkeit der politischen Lage. Was sich in Braunschweig tatsächlich abgepielt hat, werden wir in kürzester Frist durch unsere Bundeszeitungen und die Bundespressestelle der Öffentlichkeit darlegen. Nur eines möchten wir heute schon hervorheben: Pflichttreu bis zum Neuesten, teilweise heldenhaft und völlig selbstbeherrschend war die Haltung der zahlenmäßig viel zu schwachen Landespolizei Braunschweig. Der faschistische Polizeiminister Klages hat, während er die republikanische Kritik mit rücksichtslosem Verbot unterdrückte, trotzdem die Polizeibeamten vor feigen und verkommenen Angriffen der bolschewistischen Presse nicht geschützt.“

Leider muß aber festgestellt werden: Mehr oder weniger lassen es die Reichsregierung und selbst Landesregierungen, in denen die republikanischen Parteien das Heft völlig in der Hand haben sollten, am nötigen Selbstbewußtsein und Durchgreifen fehlen. Bünde und Organisationen, an deren einseitiger politischer Einstellung, ja an deren verfassungsfeindlichem Grundcharakter heute kein Zweifel mehr erlaubt sein darf, werden teils vom Reich, teils von den Ländern subventioniert und zu Aufgaben herangezogen, an die man offene oder versteckte Feinde der Republik nicht heranlassen darf. Kräfte im republikanischen Lager, im besonderen im Reichsbanner stehen zur Lösung aller Lebensfragen der Republik genügend und zu jeder Zeit zur Verfügung.

In solcher Notzeit hält es das Reichsbanner für seine wohlverstandene vaterländische Pflicht den eisernen Zusammenhalt der in überparteilicher Form zusammengeschlossenen Kameraden unbedingt zu wahren. Es liegen keine Anzeichen vor, daß Spaltungsversuche oder ähnliche parteipolitische Umtriebe den Bund gefährden können.

Das vor Jahresfrist ausgesprochene Wort Carl Severings: „Das Reichsbanner ist notwendiger denn je“ ist nie wahrer gewesen als heute. Offen mögen sich aber auch alle mitverantwortlichen verfassungstreuen Personen und Organisationen bewußt bleiben. Wenn von „Auflösung“, „Verbot der Bundestracht“, „Demonstrationsverbot“ für alle Verbände gesprochen wird, so ist dies, soweit es das Reichsbanner betrifft, verantwortungslos. Ein Republik, die die demokratische Methode ihrer Erhne nicht nurbar zu machen verstände, würde sich selbst aufgeben. Das Reichsbanner lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, mit halb- oder ganzfaschistischen, mit halb- oder ganzbolschewistischen Bänden oder Bewegungen in einen Topf geschoben zu werden. Von allen verantwortungsbewußten republikanischen Parteien, Verbänden und ihren Führern verlangen und erwarten wir, daß sie sich geschlossen hinter uns stellen.

Wir wollen als anständige Bürger der Republik die Republik schützen und werden uns durch nichts abhalten lassen, in der Stunde der Gefahr zur Stelle zu sein.“

Heute wählt England

London, 26. Oktober (Eig. Bericht)

Auch am Vorabend des Tages der Wahlen, die am Dienstag vor sich gehen werden, sah man auf den Straßen von London nur wenig Anzeichen des bevorstehenden Ereignisses. Die unerfreulichen Mäandern, die diesen Wahlkampf auszeichnen, sind inzwischen weiter bereichert worden durch eine Aufschreibung, mit der verschiedene Arbeitgeber ihre Lohntüten bei der letzten Lohnzahlung versehen haben. Sie besagt, daß, wenn die Nationalregierung nicht siegen werde, eine Stilllegung großer Teile der Fabrikanlagen unvermeidlich sein werde. Trotz solcher Einschüchterungen und trotz der von Runciman verbreiteten Alarmnachricht, nach der durch eine Labourregierung die Ersparnisse bei den Postparlaffen bedroht seien, trotz Snowdens erbitterter Appelle an die Wähler geht die Labour Party mit der Zuversicht in den Wahlkampf, daß sie nicht in der Weise geschlagen werden kann, wie das ihre Gegner wünschen.

USA. muß neues Gold nach Frankreich schicken

Paris, 27. Oktober (Radio)

Mit dem Hochdampfer Dresden sind am Montag 237 Fässer Gold im Werte von etwa 400 Millionen Franken in Cherbourg eingetroffen, die für verschiedene Pariser Banken bestimmt sind. Weitere Goldsendungen werden mit den Sagag-Dampfern New York und Milwaukee am Dienstag erwartet.

Cypern

Die Revolution der Bischöfe

London, 26. Oktober (Eig. Ber.)

Die Unruhen auf Cypern nehmen ihren Fortgang. Am Montag wurde in Chreneia wieder ein Bischof festgenommen. Er soll einen Angriff gegen das englische Verwaltungsgebäude angeführt haben. In einem anderen Teil der Insel haben sich größere Menschenmengen mit der Gewinnung von Salz beschäftigt und damit gegen die Monopolgesetzgebung verstoßen. Am Montag sind wieder vier Flugzeuge und Truppenerstärkungen aus Ägypten nach Cypern entsandt worden.

Bölkereibundurteil zu Gunsten Danzigs

Danzig, 26. Oktober (Eig. Ber.)

In der Danzig-polnischen Streitfrage um den Hafen Gdingen hat der Kommissar des Völkerbundes, Graf Bjartna, am Montag eine Entscheidung gefällt, nach der Polen verpflichtet ist, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Diese Verpflichtung bringt aber keineswegs die Notwendigkeit mit sich, Ausfuhrungsverträge abzuschließen. Der Hohe Kommissar empfiehlt den Parteien in direkten Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen.

Japan dringt in der Mandschurei weiter vor

London, 26. Oktober (Eig. Ber.)

In der Mandschurei haben die Japaner jetzt wiederum eine Bahnlinie besetzt. Der Schritt wird mit der erhöhten Aktivität chinesischer Banden in dem betreffenden Gebiet begründet. Die Bahn ist chinesisches Eigentum. Die japanische südmandschurische Bank und die Yokohama Special-Bank besitzen jedoch Hypotheken auf sie im Werte von 4,9 Millionen Pfund Sterling.

Schüsse an der Ruhr

Polizeiwachmeister von Kommunisten ermordet

Gelsenkirchen, 26. Oktober (Eig. Ber.)

In der Nacht zum Montag gegen 1.30 Uhr stehen hier zwei Polizeibeamte, die sich auf einer Streife befanden, auf eine Gruppe randalierender Kommunisten, die aus dem Volkshauses kamen. Als die Beamten die Kommunisten zur Ruhe aufforderten, fielen aus der Menge Drohrufe. Der eine der Beamten namens Niederwieser wollte daraufhin die Namen der Aufständigen feststellen. Einen der Rowdys forderte er auf, mit zu einer Laterne zu kommen. Hier angekommen, schoß der Kommunist auf den Beamten. Die übrigen Kommunisten griffen jetzt ebenfalls zur Waffe und hinderten den zweiten Beamten, dem Schwerverletzten zur Hilfe zu kommen. Als dieser Beamte sich dann auch seiner Waffe bedienen, ziffen die Kommunisten aus. Niederwieser hat zwei Schüsse in den Bauch, einen in die Brust, einen in den Oberarm und einen in die Wirbelsäule erhalten und ist nach großen Qualen am Montag vormittag im Krankenhaus gestorben. Einer der Kommunisten muß durch einen Schuß ebenfalls verletzt worden sein.

Die Polizei besetzte nach in der Nacht das Volkshaus, verhaftete 40 Leute, darunter eine Art Bereitschaftstruppe, die in einem dunklen Keller des Hauses verborgen lag. Außerdem wurden Waffen und Wegzettel beschlagnahmt. Auf die Ergreifung der Täter sind 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. Niederwieser, der Mitglied der S.P.D. war, hinterläßt Frau und ein Kind.

In Dortmund gab am Sonntag abend ein Nationalsozialist, der neben einem Trupp Reichsbannerleute marschierte, zwei Schüsse auf den Jagad. Ein Reichsbannermann wurde leicht verletzt.

Der Bankrottierer im Wirtschaftsbeirat

Berlin, 27. Oktober (Radio)

Einer der in dem Schultheiß-Skandal verwickelten „Wirtschaftsführer“ ist Herr Reinhardt von der Commerzbank, der u. a. auch in dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung sitzt. Reinhardt gilt zugleich als einer der Finanzier der „Nationalen Opposition“. Er hat bisher keine Anstalten gemacht, anlässlich des Schultheiß-Skandals für den er mit verantwortlich ist, aus dem Wirtschaftsbeirat auszuscheiden. Wird ihm nunmehr die Reichsregierung dazu veranlassen oder will sie Gefahr laufen, daß andere Mitglieder des Wirtschaftsbeirates aus der Situation vor sich aus die Konsequenzen ziehen und eine Zusammenarbeit mit Herrn Reinhardt ablehnen?

Beschwerde über Klages

Erzener muß entscheiden

Berlin, 27. Oktober (Radio)

Die Beschwerde des Verlages des sozialdemokratischen Volksfreund in Braunschweig gegen das von dem Reichsminister auf dem Reichstag ausgesprochene Verbot dieses Blattes ist von der braunschweigischen Regierung am Montag nach Berlin übermittelt worden und hier heute vormittag im Reichsministerium des Innern eingetroffen. Die Entscheidung über die Beschwerde dürfte wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages oder spätestens am Mittwoch vorliegen. Man rechnet allgemein mit der Aufhebung des Verbots.

1/4 Million Reichsmark für Kie!

W.B. Kiel, 27. Oktober

Nachdem durch Beschlüsse des Reichsrats die nötigen Verordnungen erlassen worden, ist jetzt der Stadt Kiel eine Subvention von 1.250.000 Mark zu dem Zweck bewilligt, die in der Stadt befindlichen Bäder zu modernisieren.

106 Monate Gefängnis in Holtenau

W.B. Kiel, 27. Oktober

Neue Verhandlungen vor dem Schnellgericht wegen des Leningrader Seemannsstreiks haben bisher nicht stattgefunden. Es wird heute noch mit der Ankunft des Dampfers Rheinland gerechnet, der am 22. Oktober aus Leningrad ausgelaufen war, jedoch durch den Sturm aufgehalten wurde. Für Mittwoch oder Donnerstag wird die Ankunft zweier Schlepper mit je zwei Leuchtern erwartet, die von Kronstadt kommen. Verschiedene Dampfer, die nach Holtenau beordert sind, haben die Ausreise von Leningrad noch nicht angetreten. Von Dienstag ab sollen die Verhandlungen im Lotienhaus in Holtenau wegfallen. Es wird dann nur noch im Straußitzgebäude verhandelt. Bisher sind in Kiel 17 Dampfer aus Rußland eingetroffen, von denen vier nicht befreit worden waren, so daß diese die Reise ohne Aufenthalt fortsetzen konnten. Von den verbleibenden 13 Dampfern wurden insgesamt 83 Mann dem Schnellrichter zugeführt, der 11 von ihnen freisprach und 5 dem Jugendgericht bzw. dem Ermittlungsrichter wegen schwerer Vergehen überwies. 67 Mann wurden zu insgesamt 106 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Nazi-Graf kneift!

Die Drahtzieher vom Kurfürstendamm vor Gericht

Vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg begann am Montag vormittag der mehrfach vertagte Prozeß gegen den Oberführer der Berliner S.A. Graf Hellendorf und seinen „Stabschef“ Ernst, sowie gegen den Stahlhelmführer Brand, wegen schweren Landfriedensbruchs und Räubersführerschaft, ferner gegen die Sturmführer Schulz, den „Standartenadjutant“ und Truppführer Hagemeister, den Zeitungsfahrer Dammewow, den Sanitätstruppführer Samersti und den Sturmbannerführer Hell, zum Teil wegen schweren Landfriedensbruchs, zum Teil wegen Beihilfe dazu. Dem Prozeß, zu dem über 100 Zeugen geladen sind, liegen die pogromartigen Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm in Berlin anlässlich des jüdischen Neujahrsfestes zugrunde.

Der erste Verhandlungstag ist der Vernehmung der Angeklagten gewidmet. Graf Hellendorf wird wiederholt

die groteske Ausrede,

die er auch im ersten S.A.-Prozeß mit wenig Erfolg gebrauchte: der Pogrom am Kurfürstendamm sei das Werk von Begnern, Spitzeln und Provokatoren gewesen. Im übrigen versucht er, die Ereignisse seiner Leute zu bagatelisieren. Als ihm der Vorlesende vorhält, daß immerhin eine erhebliche Anzahl von schweren Gewalttätigkeiten vorgekommen seien, gibt Hellendorf die bezeichnende Antwort: „Wir messen hierin mit besonderen Maßen!“ Es kommt dann noch

ein sehr interessanter Brief Hitlers

zur Sprache, nach dem der Münchener Graf den Grafen Hellendorf beauftragt hat, seinen Mitangeklagten Ernst mit der einstweiligen „Befreiung der Geschäfte“ beauftragt hat. Anscheinend hat Hellendorf Hitler im ersten S.A.-Prozeß nicht genug geschwindelt. Der „kommunistische“ Führer Ernst, ein gerade 23jähriger Jüngling mit augenblicklich viel Selbstbewußtsein und einem chronischen Rammel an Gedächtnis, will das Gericht glauben machen daß er und sein jetzt beurlaubter Vorgesetzter Hellendorf auf dem samstagsfrühen Kurfürstendamm gleichsam als Beschäftigten gewirkt hätten. Er stellt jede Räubersführerschaft in Abrede und will in keiner Weise die tobenenden S.A. aufgeführt und aufgereizt haben. Im übrigen kam ihm natürlich der ganze Vorfall

Der dritte Hauptangeklagte,

der Stahlhelmhauptling Brand,

erscheint mit ordensgeschmückter Brust vor seinem Richter. Aus Brands Vorleben ergibt sich, daß er, der jetzt vor Gericht den harmlosen milt. bereits zweimal „einschlägig“ vorbestraft ist und zwar einmal, weil er anlässlich der Verfassungsfeier des Reichsbanners in Leipzig einen Obelisk sinn- und geschmackvoll mit Sakentzenzen und Stahlhelmemblemen „bezier“ hat. Dieser Brand will auch nur auf den „Kriegsschauplatz“ gekommen sein, „um sich die Sache mit anzusehen“. Seine Leidenschaft ist angeblich das Schlachtenbummeln, es geht ihm wie Ludendorff, beim Rapp-Putsch 1920 —, er ist immer „auf fällig“ dabei! Eben „zufällig“ traf er eine Anzahl ihm unterstellter Stahlhelmmänner, denen er gesagt haben will: „Also Kinder, das ist schon eine Neujahrsfeier!“ Als ihm einer seiner Stahlhelm-Männer erklärte, daß er ein feststehendes Messer bei sich trage, sagte Brand zu ihm:

„Na, die Hauptsache ist, daß Du Dich nicht er-tischen läßt!“

Der Angeklagte Schulz, der in Weiskensee wohnt, ist nach dem Kurfürstendamm gefahren, um, wie er angibt, seine Sturmleute zurückzuholen; Krawallabsichten lagen ihm angeblich völlig fern. Der Angeklagte Hagemeister, der über den ehrfürchtgebietenden Titel: „Truppführer zur besonderen Verwendung im Stabe des Sturmbanns und kommissarischer Sturmadjutant“ verfügt, war gleichfalls am Kurfürstendamm. Er hat weder zertrümmerte Fensterscheiben, noch verprügelte Passanten gesehen, noch „Juda-verrecks“-Rufe gehört. Der Zeitungsfahrer Dammewow, der in der „Angriff“-Expedition beschäftigt ist, hat den Sturmführer Schulz mit seinem Motorrad nach dem Kurfürstendamm gefahren. Dammewow ist so etwas wie ein Motorradfahrer zur besonderen Verwendung; er fährt den tatenlusternten Sturmführer Schulz auf die diversen Berliner Kriegsschauplätze und der großzügige Sturmführer bezahlt ihm dafür die Steuer und das Benzin. An diesem Fall läßt sich erkennen, mit welcher Sorgfalt die nationalsozialistische Krawallorganisation aufgezogen ist. Die gleiche durchgängige Naivität wie die anderen Angeklagten zeigt auch der Sturmbannerführer Hell, der gleichfalls als Drahtzieher der Kurfürstendamm-Aktion verdächtig ist. Auch er will die Unschuld in Person sein...

Der Kampf um die Arktis

Die Arbeit der Prospektoren / Lohnen sich die Kosten?

New York, Mitte Oktober (Fig. Bericht)

Der fliegende Geologe spielt eine wichtige Rolle in dem gewaltigen Kampfe um das eisgebundene, 800 000 Quadratkilometer umfassende Reich der kanadischen Arktis — ein Reich, das nicht früher erobert und ausgebeutet werden wird, bevor wir nicht hinlängliche Kenntnisse über seine Erz- und Kohlenvorkommen besitzen. Überall, wo das Vorhandensein von Erzvorkommen vermutet wird, werden von den „fliegenden Geologen“ sogenannte Prospektoren abgesetzt, die den Auftrag haben, entsprechende Nachforschungen anzustellen. Nach etwa zwei Wochen kehrt jeweils der fliegende Geologe zum Prospektorenlager zurück, nimmt die Berichte entgegen, prüft die Proben und entscheidet, ob die Erforschung der Gegend weiterer Mühe und weiterer Kosten wert sei oder ob er die beiden Männer mit ihrer Ausrüstung nicht lieber ins Flugzeug nehmen und in verheißungsvolleres Gebiet bringen soll.

Bisher hat die Erforschung der kanadischen Nordwestterritorien von ihrer südlichen Grenze bis zur Eismerklisse, vom Mackenzieflus bis zur Hudson-Bay mehr als fünf Millionen Dollar gekostet. Noch aber hofft man auf die Entdeckung jener gewaltigen Erzlager, deren Ausbeutung ein vielfaches der bisher verausgabten Dollarmillionen einbringen wird.

Eine Million Flugmeilen!

Während der letzten drei Jahre haben zuerst 17 und dann 24 Piloten mit ebensoviele Aeroplanen andauernd Erkundungsfüge durchgeführt. Während dieser Zeit haben sie mehr als 12 000 Fahrten mit Prospektoren unternommen, 1 700 000 Pfund Proviant und Ausrüstungsgegenstände transportiert und fast eine Million Meilen durchfliegen. Nur ein einziger Pilot kam ums Leben — er landete auf einem See und ertrank. Nur wenige Flugzeuge gingen verloren, einige wurden beschädigt, stehen aber nach Beseitigung von Reparaturen wieder im Dienst. Nicht ein Pfund Frachtgut ging verloren, und kein einziger Passagier verunglückte tödlich.

Bei durchschnittlichem Wetter ist der Norden das Idealgebiet des Fliegers. Aber immerhin ist „Sicherheit“ auch hier ein relativer Begriff. Ein Mann, der seine Sache gut versteht und ihr seine ganze Sorgfalt zuwendet, ist fast überall sicher. Aber für unangebrachten Wagemut hat man nur wenig Verständnis. Oft genug geschieht ohnehin das Unvorhergesehene und wirkliche Gefahr zwingt den erfahrenen und geschickten Piloten, allen Wagemut und alle Findigkeiten aufzugeben, um sein Leben zu retten.

Einmal entschloß sich eine kanadische Gesellschaft aus Sparhamleitgründen, ohne alterprobte Piloten auszukommen. Sie ließ ihre Bauingenieure in fünfzig Stunden für die Lenkung von Flugzeugen ausbilden und sandte sie dann in die Arktis. Das Ergebnis war, daß die Gesellschaft sechs Flugzeuge, wenn auch glücklicherweise keine Menschenleben verlor.

Gefährliche Landungen

Kritische Landungen auf unbekanntem Eise und unter ungünstigen Witterungsverhältnissen können manchmal nicht vermieden werden. Die Byrd-Expedition hat festgestellt, daß die Horizontlinie überhaupt nicht wahrgenommen werden kann, wenn der Boden mit Schnee bedeckt und der Himmel so bewölkt ist, daß das diffuse Licht keine Schatten wirft. Luft, Erdboden und Schnee lassen sich dann nicht von einander unterscheiden, und der Pilot kann nicht beurteilen, wo sich unter ihm Grund befindet. Die Flieger der kanadischen Arktis kennen diese Gefahr nur zu gut. Sie haben gelernt, ihr zu begegnen, indem sie im Winter stets möglichst niedrig fliegen und sich bemühen, den Erdboden nie aus der Sicht zu verlieren.

Drei Flugzeuge mußten in den der Herschel-Insel vorge-

lagerten Bergen landen. Sie hatten tiefe Cannons unter sich, ein starker Wind herrschte, Nebel waren aufgezogen, der Erdboden war schneebedeckt, und Bäume fehlten, die einen Anhaltspunkt für die Höhe gegeben hätten. Nachdem der eine Pilot sorgfältig einem Cannon ausgewichen war, landete er sicher, und die beiden anderen Piloten standen genau in den Schlittenspuren des ersten. Nun stellte sich heraus, daß sie sich auf einem schmalen Felsvorsprung befanden. Sie erleichterten ihre Landung, wandten die Flugzeuge dem Abhang des Berges zu und glitten, die Aeroplane als Toboggans benutzend, mit stark gedrosseltem Motor abwärts.

Ein anderer Pilot, der zu vorgeschrittener Jahreszeit flog und gezwungen war, auf schwachem Eis zu landen, warf seine Ladung ab und ließ seine Passagiere abspringen, ohne den Motor abzustellen. Das brüchige Eis brach und splitterte dann unter den Rufen seines Apparates. Eine Verzögerung von nur einigen Sekunden hätte ihren sicheren Tod bedeutet.

Der noch immer unerreichte „Aglu“

Aber es genügt nicht, daß ein Pilot seine Maschine richtig zu lenken und zu behandeln versteht. Es genügt nicht, daß er Wunderwerke der Geschicklichkeit vollbringt, wie jener, an dessen Aeroplan ein Propeller brach und der sich selbst aus Holz einen neuen zimmerte — und mit seiner Hilfe auch fliegen konnte. Der Pilot muß auch die Arktis und ihre Gesetze kennen.

Eine der begehrtesten Fertigkeiten des Nordens ist die

Bücher auf dem Scheiterhaufen

Von Walter Anatole Persich

Der Gesetzgeber hat zu allen Zeiten gegen Bücher oder Druckschriften gekämpft, die ihm mißlieblich waren. Dabei ist es in früheren Zeiten zu Maßnahmen gekommen, die uns heute manchmal nicht nur brutal, sondern vor allem absurd und albern erscheinen. Beliebt waren absolute Hinrichtungen von Büchern. Die Hauptrolle spielte dabei der öffentlich vom Senker angezündete Scheiterhaufen, dem zuweilen nicht einmal Autor und Drucker entgingen. Die Urteile waren in den seltensten Fällen von einem Gerichtshof gefällt. Die absoluten Herrscher jener Zeitalter erließen zuweilen Dekrete, auf Grund deren der Senker sofort zum Strafvollzug schreiten konnte.

Im Jahre 1520 erschien in Neapel ein aufsehenerregendes Buch von Girolamo Morbini, betitelt „*Novella*“. Seine Sprache, ein ungemischtes Latein, etwa gleichartig der Serbeheit eines Rabelais, dazu sein alles andere als moralischer Inhalt, verhinderten eigenartigerweise nicht, daß es unter dem Privilegium von Kaiser und Papst gedruckt wurde. Literaturhistorisch interessant ist es durch die Tatsache, daß der italienische Novellist Straparola, dem niemals das geistige Eigentum eines anderen heilig war, auch hieraus eine Anzahl seiner Geschichten gestohlen hat.

Aber weder der Name des weltlichen noch des geistlichen Herrschers vermochten das Buch zu retten. Eine Anzahl Epigen und Inspiegelungen darin verletzten die patriotischen Herzen der neapolitanischen Stadtväter: man fällt ein Urteil, und der Scharfrichter verbrannte feierlichst alle erreichbaren Exemplare.

Durch das hübsche Titelblatt eines anderen Buches, „*Die Prinzessin Molahaross*“, Adrianopol bei Thomas Franco 1734“, löste sich die französische Regierung gärgert und übergab dem Senker das Buch für den Scheiterhaufen, weil — wie es im

Kunst, ein Eskimo-Schneehaus zu bauen. Man mag irgendwelche patentierten Seidenzelte und andere „Kälteschutz“- und „Windschutz“-Vorrichtungen preisen, die sich auf Photographien vortrefflich ausnehmen und eine Menge Geld kosten. Doch im hohen Norden erinnert man sich allzuoft, daß keines von diesen Dingen sich auch nur im entferntesten mit dem „Aglu“, dem Schneehaus der Eskimos, vergleichen läßt. Vor zwei Jahren zwang ein Blizzard zwei Expeditionsgesellschaften zu unfreiwilliger Rast — nicht weit von einander entfernt. Sie mußten etwa zehn Tage durch auf den Eintritt günstiger Witterung warten, die es ihnen ermöglichen sollte, ihre Aeroplane aus dem Schnee auszugraden und davonzufliegen. Der einen Expeditionsgesellschaft gehörte ein Mann an, der ein „Aglu“ bauen konnte: seine Befährten wohnten in Wärme und Behaglichkeit, konnten sich täglich rasieren und regelmäßige Mahlzeiten einnehmen. Die andere Gesellschaft wohnte in der überfüllten Kabine eines Aeroplans und verbrachte den Großteil ihrer Zeit damit, am ganzen Körper zitternd die Fährlichkeiten des hohen Nordens zu beweinen.

„Verhollenen“

Wenn ein noch unerfahrener Pilot zu weiter Fahrt ausfliegt und in einer Entfernung von etwa hundert Meilen schlechtes Wetter antrifft, kehrt er zu seinem Ausgangspunkt zurück, um einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Aber der erprobte Pilot landet auf der Eisdecke des nächsten geeigneten Sees, packt seine Ausrüstung aus, tut, als ob er hier zubauhe wäre, und fliegt wieder, sobald er kann. Denn jeder Apparat führt für den Notbehelf Jagd- und Lagerausrüstung mit. Das bekannteste Beispiel für in den letzten Jahren im kanadischen Norden auf diese Weise „verhollenen“ Flieger bietet die Mac-Alpine-Expedition, die durch mehr als sechs Wochen mit einem Kostenaufwand von 250 000 Dollar gesucht wurde. In Wahrheit hatte die Expedition, die durch Benzinmangel zum Überwintern in der Arktis gezwungen war, keinerlei Menschenverluste; aber wären nicht ein guter Führer und einige Männer unter den Flugteilnehmern gewesen, die die Arktis und deren Gesetze genau kannten, wäre wohl keiner von ihnen mit dem Leben davongekommen.

Arteil heißt — darunter unter dem bloßen Namen eines Romans ein rechttes Monstrum verborgen wäre, welches alle Prinzipia der Vernunft und Religion verwarf und die abscheulichste Gotteslästerung bis auf unsere allerheiligsten Geheimnisse auspeitelt.

Verleitetes Sittlichkeitsgefühl gab in England den Anlaß, die „Memoires of a Woman of Pleasure“ (Erinnerungen einer Lebendame), deren erste, oft rechtmäßig und noch öfter unredmähig nachgedruckte Ausgabe 1749 erschien, als „überaus obszön und voller Infamien“ zu verbrennen, während man den Verleger, den Buchhändler Drybutter, zum Exandpahl verurteilte. Hier begegnet man auch wohl dem ersten Fall, da das Verbot eines Buches für den Autor finanzielle Vorteile brachte (sein Fall, der heute an der Tagesordnung ist, nur in anderer Weise). Das Verbot eines Werkes ist ein Narkotikum zur Förderung des Absatzes anderer Bücher desselben Verfassers). John Cleland, ein früherer Konsul, hatte dieses Manuskript aus Geldmangel geschrieben und verkauft. Er fand für sich den Richter milder gestimmt als für sein Werk. Da durch den Prozeß die Aufmerksamkeit auf seine Armut gelenkt worden war, erhielt er eine lebenslängliche Rente, die ihm ein einfaches, aber nicht armseliges Leben sicherte.

Im gleichen Jahre schaffte sich der österreichische Kaiser ein mißliebliches Buch durch Dekret vom Kaiser. Das Werk war klugerweise unter einem Pseudonym erschienen; sonst hätte es seinem Verfasser das Leben kosten können. Es nannte sich „*Historisch Geographische Beschreibung des Königreichs Böhmen von Rochemanz von Hecern*“ und enthielt „gottlose Angriffe gegen das Haus Oesterreich, besonders in der Erbfolge gekrönte Häupter und erlauchte Kaiser“. Der Kaiser verfügte, das Werk solle öffentlich verbrannt und der Name des angeblichen Verfassers an den Galgen geschlagen werden.



DER MEHRENBURGER

Ein Roman von Spitzbuben und anderen ehrlichen Menschen / Von Heinz Welten

29. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er war über die Familienverhältnisse noch nicht genügend informiert und wußte nicht, welcher von beiden tot und welcher Kommerzienrat war. Dann nahm er die Hand der Witwe und drückte einen Kuß darauf. „Meinen Glückwunsch, gnädige Frau! Meinen herzlichsten Glückwunsch.“

Die gnädige Frau strahlte und war einen Augenblick sprachlos. Der Oberlehrer benutzte geistesgewandt den Moment, um zu Wort zu kommen.

„Sie irren sich, wertgeschätzte Frau. Es handelt sich nicht um Herrn Obermeyer in München, sondern um Robert Sittenwald, um den Dichter Robert Sittenwald.“

Der freudige Glanz in ihren Augen erlosch, als ob er ausgeblasen worden wäre. Die spitze Nase wurde noch spitzer.

„Was wünschen Sie von dem verstorbenen Sittenwald, Herr Doktor? Was ist es mit ihm?“

„Ich möchte Sie um einige Auskünfte bitten, wertgeschätzte Frau Obermeyer. Sie als seine Schwester —“

datan, von den Männern geschätzt oder wertgeschätzt zu werden. Sie haben es lieber, wenn man an ihre Gnade appelliert. Sie begnadigen gern.

Auch sonst hatte sie ihre Worte wohl überlegt und klug abgemessen. Sowohl ihr Mann als auch ihr Bruder waren jetzt tot. Aber es ist eine große Lüge, wenn man sagt, daß der Tod alle Menschen gleichmacht. Auch zwischen den Toten bestehen Unterschiede. Ihr Mann war der selbige Obermeyer, doch ihr Bruder war der verstorbene Sittenwald. Die Beziehungen der Menschen zueinander regeln sich nicht durch Worte, sondern durch die Untertöne, die in den Worten schwingen.

Dr. Caspari war beleidigt. Man hatte ihm noch immer keinen Stuhl angeboten, man begehrte ihm überhaupt nicht mit der Achtung, die zu fordern er berechtigt war. Als deutscher Dichter und als deutscher Oberlehrer. Er war nie feinsüßend gegen andere. Doch in dem, was uns zukunfft, besitzen wir alle ein sehr feines Gefühl. Aber er schwieg. Er dachte an das Kurtheater und an seine Dramen. Ein Vater muß manches einstecken und dazu schweigen, wenn er seinen Kindern den Weg bahnen will, zumal den geistigen, die ihm besonders am Herzen liegen. Weil bei ihnen niemand die Vatererschaft anzweifelt.

„Der große Dichter Robert Sittenwald“, er warf sich in die Brust und stellte ein Bein vor, „der in diesem Hause das Licht der Welt erblickt hat, würde im nächsten Jahre 75 Jahre alt werden, wenn er noch unter uns weilen würde. Aber leider weiß er nicht mehr unter uns.“

Frau Obermeyer nickte. Wer vor 17 Jahren gestorben ist, weiß nicht mehr unter den Lebenden. Die Tatsache ist unbestreitbar. Auch das mit dem 75. Geburtstag konnte stimmen, und daß er in diesem Hause geboren, war gleichfalls eine feststehende Tatsache. Sie selbst war in diesem Jahre 65 Jahre alt geworden und ihr Bruder Robert war 10 Jahre älter gewesen als sie. Mit 17 Jahren war er eines Nachts aus dem Elternhaus geflüchtet. Seitdem hatte sie ihn nie wieder gesehen, nur zuweilen von ihm gehört. Doch Gutes war es niemals gewesen. Erst in seinen letzten Jahren war er zu Ehren gekommen. Aber damals hatte ihr Mann schon die Schufabrik gekauft, und auch der Joseph, so jung er noch war, ließ schon Anzeichen künftiger Größe erkennen. Nicht nur Häkchen krümmen sich bei Zeiten.

Dennoch begann sich jetzt etwas wie Familienstolz in ihr zu regen. Sie hatte von den Obermeyers manchen Vorwurf einstecken müssen dafür, daß sie nur eine Sittenwald gewesen war. Die Tochter eines Kürfers, die Schwester eines Bagabunden. Im nächsten Jahre würde der Geburtstag eines Sittenwald in Regenwalde feierlich gefeiert werden!

„Unzeitig besitzen Sie Bilder Ihres verstorbenen Bruders, wertgeschätzte Frau. Vielleicht können Sie uns auch Jugenderinnerungen mitteilen? Sie würden der Stadt einen großen Gefallen damit tun. Denn es soll ein Festkomitee gegründet werden. Natürlich werden Sie dem Komitee als Ehrenmitglied angehören.“

Nachdem er vergebens auf eine Aufforderung, sich zu setzen, gewartet hatte, nahm er selbst einen Stuhl. Erschüttert lag hier ein Versehen vor. Die Bestürzung, in die sie durch die Ehre seines unerwarteten Besuchs versetzt worden war, hatte sie die einfachste Höflichkeit vergessen lassen. Nachdem er sich gesetzt hatte, nahmen auch die anderen Platz. Herr Hudenholz lag wieder auf dem Sofa und spielte mit einer Sofaquaste. Er war sich nicht klar darüber, ob er bleiben oder sich auf sein Zimmer zurückziehen solle, ob das, was hier verhandelt wurde, eine städtische oder eine Familienangelegenheit war. Dieser Lehrer, dessen Bekanntschaft zu erneuern er vor einer halben Stunde noch lebhaft gewünscht hatte, kam ihm jetzt zu unpaß. Denn inzwischen war er der Mieter der Frau Obermeyer geworden; er hatte ihr bereits von Amerika erzählt und in seine Schilderungen geschickt ein paar Worte von seinem großen Vermögen einfließen lassen. Er hatte auf die Witwe, von der der Polizeiaffizient so respektvoll geredet hatte, erschüttert einen tiefen Eindruck gemacht. Jetzt kam der Oberlehrer dazwischen.

Frau Obermeyer machte seinen Zweifeln und der Unterhaltung ein Ende. „Leider besitze ich von meinem Bruder kein Bild, auch weiß ich nicht, was ich erzählen soll. Die Aufforderung als Ehrenmitglied in das Festkomitee einzutreten, nehme ich natürlich an. Ich bin eine geborene Sittenwald, bin meine Schwester, bin also sozusagen die Nächste dazu. Wo sollen die Sitzungen abgehalten werden? Ist der Herr Bürgermeister auch im Komitee?“

Sie warf den Salon mit prüfenden Blicken aus. Als ehemalige Vorstandsdame eines patriotischen Vereins wußte sie, daß bei allen Festen die Komitees die Hauptrolle sind. Die eigentliche Feier ist nur ein notwendiges Nebenstück. Sie ist die Legitimation für das Volk, das die Gelder beschafft hat und dem man die Existenzberechtigung des Komitees und die Berechtigung der vom Komitee gemachten Ausgaben irgendwie beweisen muß. Am besten ist es, wenn die im Aufruf genannte Summe nicht ganz zusammenkommt. Dann spart man viel Mühe und Ärger, weil dann die Feier unterbleiben und die eingegangene Summe für Vorarbeiten und Verwaltung verrechnet werden kann.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Der Senat hat den zum Vizekonsul beim Königlich Britischen Generalkonsulat in Hamburg bestellten **F. M. Shepherd** auch für das Lübecker Staatsgebiet anerkannt und zugelassen.

Konkurrenzöffnung

Über das Vermögen des Kaufmanns **Henry Eduard Carl Ernst** in Lübeck-Schlutup, Lübecker Straße 55, wird heute, am 27. Oktober 1931, 8 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Mandatar **Grünau** in Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 27. November 1931, 9 1/2 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt. Konkursforderungen sind bis zum 30. Dezember 1931 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 15. Januar 1932, 10 1/2 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu leisten. Vielmehr haben alle Zahlungen an den Konkursverwalter zu erfolgen. Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsolgen. Auch wird ihnen die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. November 1931 Anzeige zu machen.

Lübeck, den 27. Oktober 1931.

Das Amtsgericht, Abt. II.

Am 27. Oktober 1931 ist in das hiesige Handelsregister eingetragen worden 1) bei der Firma: **Schlutupper Riffenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Schlutup. Die Vertretungsbefugnis des Kaufmanns **Bruno Wilhelm Hugo Emil Wendt** ist beendet. Der Kaufmann **Theodor Haase** in Lübeck ist zum Geschäftsführer bestellt worden. 2) bei der Firma **Franz Busse**, Lübeck. Die Firma lautet jetzt: **Franz Busse Nachf. Inh. S. Busse**. Seine Ehegattin: **Bertha Johanna Henriette Busse** geborene Karstens, Ehefrau in Lübeck. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerb des Geschäfts durch die Ehefrau **Bertha Johanna Henriette Busse** geborene Karstens ausgeschlossen. Am 16. Oktober 1931 ist eingetragen worden bei der Firma **Revision-Kommanditgesellschaft für Handel, Gewerbe u. Landwirtschaft Dübbern & Co.**, Lübeck. Dem Buchhalter **Hans Emil Otto Wilde** in Lübeck ist Procura erteilt worden.

Amtsgericht Lübeck

Das Bad des Stadt. Kurhauses ist ab 1. November nur noch Montags, Donnerstags und Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. geöffnet.

Stadt. Kurhaus, Bad Schwartau

Bekanntmachung betr. Städtische Steuern

Der Stadtratsbeschluss vom 22. Oktober 1931 fassen für alle rückständigen häusl. Steuern, die bis zum 3. November 1931 an die Stadtkasse Bad Schwartau überwiesen werden, die durch Kotterordnung vom 20. Juni 1931 festgesetzte Verzugszusage fort. (Die Verzugszusage betragen 5% für jeden angefallenen Monat nach dem Zeitpunkt der Fälligkeit).

Nach Ablauf dieser Frist kann nur in ganz besonderen Ausnahmefällen Verzeihung von den Verzugszuschlägen gewährt werden.

Stadtmagistrat Bad Schwartau

Familien-Anzeigen

Nachruf!
Unser lieber Kollege, der Strafanstaltswachmeister **Emil Bennemann** ist verstorben. Ihre seinem Andenken! Beerdigung Donnerstag, 29. Oktbr., 14 1/2 Uhr, Kapelle Vorwerk. **Buchhandlung der Beamten und Angestellten im Gesundheitsdienst**
Die Ortsverwaltung

Für die vielen Glückwünsche u. Geschenke zu unser. Vermählung danken herzlichst **Walter Stür L. Fraz** gen. Tausch

Allen denen, die beim Hinscheiden meines lieben Mannes die letzte Ehre erwiesen, insbes. Herrn Pastor Schanz für seine tröstlichen Worte, unseren besten Dank, im Namen der Angehörigen **Baronessa Kessioreck**

Ich ziehe um!

erhalten Sie auf meine bekannte gute Qualitätsware - Strümpfe, Unterzeuge, Oberhemden, Unterkleider, Schlüpfer usw.

Während der letzten 4 Tage

bis zu **50%** Rabatt

Der Verkauf beginnt am Mittwoch, dem 28. Oktober, morgens 8 1/2 Uhr

Strumpf- u. Wäschehaus Muhs

Lübeck, Königstraße 82, bei der Wahnstraße

Vermietungen

Freundl. Part-Dreizeimmer-Wohnung mit allem Zubehör gegen mäßige (bis 30 M.) zu tauschen gesucht. Ang. u. R 503 a. d. Exp

2 Zimm. mit Kochgelegenheit zu verm. Brandenbaumer Landstraße 75

Verkäufe

1 Petrol.-Hänge-Lampe zu verk. Sternhauerstr. 61 III.

1 Schm. Herr.-Mantel zu verkaufen. Or. Klosterkoppel 151

Kinderbett zu verk. Mühlenstraße 37 III.

Bürett, Kredenz, Tisch u. 6 Stühle, dunkel Eiche, billig zu verk. Schlutup Lübecker Str. 60

Verschiedene

Nehme noch Fleisch und Wurst in Kauf. H. Benecke, N. Büttner

2 gleiche Bettstellen

m. Matr. nur 65.- Mk. Schlafzimmer v. 105 m an. Einzimmer u. Küchen bil. Stühle 1111. 7.50 M. 3. 30 Hf. Büfett v. 135 M. an. Dankwardt, Dankwardtstraße 55

Billige Schuhwaren

teils bis 50% ermäß. N. Junk, Stockelsdorf

Denken Sie daran

Willy Westphaling repariert Uhren und Goldwaren prompt Preiswert Uhren, Gold- u. Silberwaren, Schmuck, Goldschmied. Hinter St. Petri 11 gegenüber der Landbank

Reklame-Woche

Canerwellen billigst Königstr. 91, I

Möbeltransporte

jed. Art übern. billig. Hermann Kirsch, 4014, Bismarckstr. 8. F. 22597

Neue Frauenbücher

Ich bekenne von Gera Müller-Jahake Entwicklungsroman einer Sozialistin Preis 2.- RM.

Einheimiger Weg

Lebenserinnerungen von **Julie Brandt** geb. 30. Mai 1842 gest. 24. Juli 1925 Neu herausgegeben von Marie Kersch Preis 1.50 RM.

Wollenwever-Buchhandlung

Einriedigungs-Abfluß-Dampf- u. sonstige Rohre

Rippenheizrohre Koppel- und Stacheldraht, Riemenscheiben, Behälter, Transmissionsen, Eisene Fässer, Stabeisen u. sonst. **Tuch-Eisen-Verkauf** Leon Lissianski Kanalarstraße 45 Telefon 22450

Anodenbatterien billig!

100 V. Lenschow-Jubiläums-Anode 7.28
120 V. Daimon-Dreibleitz 9.60
Mein Anodenstromspare DRPa. DRGM verdoppelt die Lebensdauer der Anodenbatterie
Radiohaus Adolf L. Lehmsiek
Niederlage von Radio-Lenschow Königstraße 65/67 Telefon 22950

Für den Winter

gute Öfen und Herde billigst im Spezialhaus für Öfen und Herde **ADOLF BORGFELDT** Lübeck, Mühlenstr. 44-46

NEU! Zum erstenmal in deutscher Sprache

Der Volks-Brockhaus

Deutsches Sach- u. Sprachwörterbuch für Schule u. Haus Preis in Leinen nur 7.80

Das wichtigste Wissen von heute auf kleinstem Raum in klarem, reinem Deutsch, auf etwa 800 Seiten mit rund 4000 Abbildungen und Karten. Das billige, volkstümliche, zuverlässige Nachschlagebuch für Schule und Haus.

Wollenwever - Buchhandlung

Johannisstraße Nr. 46

Färberei Reimers A.G.

Fernspr. 21 824 färbt reinigt plissiert alles

Fischergrube 50 Kohlmarkt 17 Königstraße 59

Juristisches Konversations-Lexikon

2.85 in Leinen

Ein Nachschlagebuch des deutschen Rechts für alle Kreise

Herausgegeben von Landgerichtsdirektor Dr. Helmuth Lehmann Praktisch und unentbehrlich für jeden, der im öffentlichen Leben steht. **Wollenwever - Buchhandlung** Johannisstraße 46

Trinkt Lübecker Bier-Perle

das bekannte hervorragende Qualitäts-Malzbier der Bierbrauerei **Hermann Stamer**

Deutsche Feuerbestattungs-Vereinigung „Flamma“ Berlin
General-Vertretung: Lübeck, Beckergrube 16
Kostenlose Feuerbestattung
ohne Wartezeit gegen Zahlung mäßiger Monatsbeiträge.
Bargeldversicherung bis 5000 RM.
Politisch und religiös neutral
Kollektiv-Sterbegeldversicherung
Rechtsanspruch! **Kein Kirchenaustritt!**
Drucksachen kostenlos.
Vertreter zu günstigen Bedingungen gesucht. Zahlstellen für Lübeck und Umgebung zu vergeben. Meldungen an obige General-Vertretung.

SCALA
Täglich abends 8 1/2 Uhr
Das hervorragende Varieté-Programm
Eintritt RM. 0.60 und 1.00
Bier und Kaffee 32%
Morgen Mittwoch, nachm. 4 1/2 Uhr
Das gesamte Varieté-Programm
Eintr. RM. 1.- einschl. Kaffeegedeck, Bedienung und Steuer
KASINO abends 9 Uhr
Das Kabarett-Programm
Eintritt frei Mäßige Preise
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr Tanz-Tee

Apollo-Theater Bad Schwartau
Eutiner Str. am Markt
Schönste Tonfilmwiedergabe von ganz Deutschland!
Ab heute Dienstag bis Sonntag, 27. Oktober, bis 1. November, täglich abends 8.15 Uhr.
Die richtige Mischung für Ihren Seelenmotor! Stimmung, Humor, Uebermut, Musik, Gesang, Tanz, das ist die Zusammensetzung der reizendsten Tonfilm-Operette der Welt: **Lilian Harvey Willy Fritsch** in:
Die Drei von der Tankstelle
So schön wie im Apollo-Theater haben Sie diesen Film noch nicht gesehen und gehört
Vorher: **Das tönende Beiprogramm.**
Sonntag, den 1. November, nachmittags 3 Uhr
Jugend- u. Kindervorstellung mit dem Abendprogramm

Stadttheater
Dienstag, 20 Uhr Die Scharasfüßlin Operette
Außer Abonnement (Freie 0 80-4 RM.) Ende 23 Uhr
Mittwoch, 20 Uhr: **Sorunterfuchung** Schauspiel
Donnerstag, 20 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen** Oper
Donnerstag, 20 Uhr: **Kammerspiele: Intimitäten** Komödie, Kleine Kammerpielreihe.
Freitag, 20 Uhr: **Zum weißen Hahn** Operette
Zum letzten Male!
Ausgabe der fälligen Abonn.-Karten und Guthabene an der Theaterkasse während der Kassenstunden u. vom 27. bis 30. d. Mt. auch nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Dr. Paul W. in H. schreibt:
Luhns Wasch-Extrakt ist einzigartig u. bei jeder Wäsche zeigt es sich von Neuem, wie wirksam und vor allen Dingen sparsam **Luhns Wasch-Extrakt** ist!

Einmal versucht, bleibt treu man dem Guten!

Paral mit 25 Pfennig

Luhns SPAR-RABATT gibt die Möglichkeit, den Einkauf aller LUHNS-SEIFEN noch um 2% Pfg. zu verbilligen. Deshalb sammle man unter allen Umständen die auf den Luhs-Packungen aufgedruckten Rabattmarken: LUHNS-LOHNTS

Der Calmette-Prozeß

Senator Mehrlein sagt aus

11. Verhandlungstag

Lübeck, 27. Oktober

Endlich ist das Gericht zur Beweisaufnahme geschritten. Die Beweisaufnahme soll die Wahrheit über die Lübecker Katastrophe an den Tag bringen.

Schopenhauer sagt: „Die Wahrheit kann warten, denn sie hat ein langes Leben vor sich.“

Hoffen wir, daß sie nicht zu lange wartet.

Zu Beginn der Montagsverhandlung wurde die Entscheidung über die in den letzten Sitzungen gestellten Beweisanträge verurteilt. Der Antrag, Dr. Glawinski (Sofia) und Professor Petroff in Sofia als Zeugen über die angebliche Calmette-Katastrophe in Bulgarien zu vernehmen, wurde abgelehnt. Ebenso der Antrag auf Ladung von Professor Calmette. Auch die Vernehmung von Professor Naeslundt (Stockholm) und von Professor Zeyland (Posen) darüber, daß weder in Sofia noch in Posen Schädigungen durch die Calmette-Impfungen vorgekommen sind, wurde abgelehnt.

Beschlossen wurde die Ladung von Geheimrat Samel, dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamts.

Nach der Verkündung dieser Entscheidungen begann die

Beweisaufnahme

Zunächst wurde Professor Hahn als Zeuge vernommen. Beweishema: Hat Professor Prauhnik, der in Breslau Impfungen mit dem BCG vorgenommen hat, vor Beginn dieser Impfungen mit Calmette Rücksprache genommen und sich im Pasteur-Institut in Paris über die Herstellung des BCG informiert?

Hierzu vermochte der Zeuge keine bestimmten Angaben zu machen. Er wußte nur, daß Professor Prauhnik 1927 zur Internationalen Tollwutkonferenz in Paris gewesen und dort mit Calmette zusammengekommen ist. Er wußte aber nicht, ob Professor Prauhnik mit Calmette über die Herstellung des BCG gesprochen hat.

Dann folgte die

Vernehmung von Senator Mehrlein.

Er wurde eingehend über die Organisation des Gesundheitsamtes und der Behörde für die Heilanstalten sowie über die amtliche Stellung von Dr. Alftaadt und Professor Deyde vernommen. Er führte aus, daß die Behörde für die Heilanstalten eine selbständige Behörde sei. Der Physikus habe zwar das Recht, sich um die Zustände im Krankenhaus zu kümmern, er könne aber die Abstellung von Mängeln nicht direkt verlangen — es sei denn bei Gefahr im Verzuge —, sondern habe seiner vorgesetzten Behörde Meldung über die Mängel zu erstatten.

Senator Mehrlein wurde dann vom Vorsitzenden befragt, ob ihm vor dem Vortrage von Dr. Alftaadt schon etwas über das Calmette-Verfahren bekannt gewesen sei?

Senator Mehrlein: Vor dem ersten Vortrage von Dr. Alftaadt wußte ich nichts über dieses Verfahren. Das Rundschreiben des Reichsministers des Innern vom 11. Juni 1927 war mir damals nicht bekannt. Erst nach dem Fehlschlagen der Impfung erfuhr ich von dieser Warnung. Zunächst war das Rundschreiben in den Akten des Gesundheitsamtes nicht zu finden. Ich erhielt dann durch den Lübecker Gesandten in Berlin eine Abschrift dieses Schreibens. Später fand ich die Warnung in den Akten für Heilsera. Da nur etwa 10 Prozent des Rundschreibens von der Tuberkuloseimpfung handelte, war das Schreiben in diese Akten statt in die Akten zur Bekämpfung der Tuberkulose gelangt.

Senator Mehrlein äußerte sich dann eingehend über den ersten einleitenden Vortrag Dr. Alftaads:

Im Oktober 1929 sagte mir Dr. Alftaadt, endlich habe man in der Calmetteschen Tuberkuloseimpfung ein Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose gefunden. Das Calmette-Verfahren habe sich in Frankreich und auch in anderen Ländern rasch verbreitet. Bei Hunderttausenden von Säuglingen sei dieses Mittel bereits angewandt worden. Schädigungen durch die Impfung seien nicht vorgekommen. Dr. Alftaadt berichtete mir weiter, er habe sich im Juli eine Kultur aus Paris kommen lassen. Diese habe er Professor Deyde übergeben. Professor Deyde sei bereit, die Herstellung der Emulsionen zu übernehmen. Da Professor Deyde, den ich für einen Forscher von Weltruf hielt und noch halte, da ferner Professor Klotz und Dr. Jannasch die Einführung des Calmette-Verfahrens befürworteten, glaubte ich, daß dieses Mittel unschädlich und wirksam sei.

Der Vorsitzende: Hat Dr. Alftaadt Ihnen über das Mittel selbst etwas mitgeteilt?

Senator Mehrlein: Er sagte mir, es handle sich um abgetötete Rindertuberkelbazillen, die man unschädlich gemacht habe und die den Säuglingen mit der Nahrung zugeführt würden.

Vorsitzender: Hat Dr. Alftaadt von abgetöteten oder abgeschwächten Bazillen gesprochen?

Senator Mehrlein: Er kann auch von abgeschwächten Bazillen gesprochen haben.

Vorsitzender: Lagern die gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung so, vor allem im Hinblick auf die Tuberkulose, daß Sie es als Vorsitzender des Gesundheitsamtes für angebracht hielten, ein Tuberkuloseimpfungsmittel einzuführen?

Senator Mehrlein: Dr. Alftaadt hatte mir gesagt, die Tuberkulosesterblichkeit in Lübeck nehme zu.

Vorsitzender: Gewannen Sie den Eindruck, daß Dr. Alftaadt sich für die Einführung des Verfahrens nur aus Gründen der Gesundheitsförderung einsetzte oder glaubten Sie, daß er als „tätkräftiger Beamter“ sich ein größeres Betätigungsfeld schaffen wollte?

Senator Mehrlein: Mein Standpunkt war, wenn sich Sachleute wie Prof. Deyde, Prof. Klotz, Dr. Jannasch und Dr. Alftaadt für die Einführung des Verfahrens einsetzten, dann verfolgten sie damit keine Nebenabsichten. Dann hatten sie nur die Bekämpfung der Tuberkulose im Auge.

Senator Mehrlein führte dann weiter aus: Dr. Alftaadt hat mich darauf hingewiesen, daß die Tuberkuloseimpfung

nach Calmette wie jedes medizinische Verfahren auch seine Gegner habe. Er sagte mir jedoch: Die Gegner haben nicht den gleichen wissenschaftlichen Ruf wie die Forscher, die das Calmette-Verfahren beharren. Dennoch hatte ich zunächst keine große Lust, das Calmette-Verfahren in Lübeck einzuführen. Ich wollte, daß erst eine große Stadt in Deutschland voranginge. Dr. Alftaadt wies indessen darauf hin, daß die Verhältnisse gerade in Lübeck besonders günstig lägen, da Lübeck eine sehr alte Bevölkerung habe. Dadurch würde die Nachprüfung der Impfung wesentlich begünstigt.



Senator Mehrlein

Senator Mehrlein erwähnte dann noch, daß er Dr. Alftaadt gefragt habe, ob man Tierversuche gemacht habe? Er habe natürlich gemeint, ob Tierversuche in Lübeck gemacht worden seien. Dr. Alftaadt habe das bejaht. Nach dem Unglück habe Dr. Alftaadt erst erklärt, daß er sich geirrt habe. Ich habe dann angeordnet, daß der Gesundheitsrat und die Lübecker Ärzteschaft über die Einführung des Calmette-Verfahrens gehört werden sollen.

Die große Sehnsucht

Kommisige Arbeitsdienstpflicht

Selbst dem FVB. ist nicht wohl dabei

Man schreibt uns:

In der vergangenen Woche hatte der Hanseatische Volksbund einen seiner „großen Tage“. In dem an sich löblichen Bemühen, das Seine zur Behebung der Arbeitslosigkeit beizutragen, veranstaltete er einen Vortragsabend mit dem Schema „Arbeitslosigkeit und Arbeitsdienstjahr“. Zu diesem Zweck verschrübte er sich den Herrn Oberregierungsrat Muler aus Schwerin, der den Versammelten auseinandersetzte, wieso und womit Deutschland noch geholfen werden könne.

Die bürgerliche Presse berichtet in langatmigen Ausführungen über dies Ereignis, leider so unvollkommen, daß eine Ergänzung vonnöten ist. So „vergift“ der General-Anzeiger das, was der Sache erst den richtigen Dreh zu geben geeignet ist, nämlich folgenden Vorschlag des Herrn Oberregierungsrates: für die Beaufsichtigung der einheitlich gekleideten, einheitlich verpflegten

„in besonderen Belegschaften, in bestimmten Orten nach Art der Garnisonen“

untergebrachten Arbeitsdienstpflichtigen stehen uns die richtigen Leute zur Verfügung, nämlich die ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere des alten Heeres, ferner die entlassenen Offiziere und Unteroffiziere der Reichswehr und der Polizei. Ihre Besoldung gestaltet sich sehr einfach, man zahlt ihnen nur die Differenz zwischen ihrer Pension und dem Gehalt für ihre neue „Erzieher“-tätigkeit. Wie der Arbeitsdienst währte fährt, das macht dem Vortragenden zunächst keine Sorge. Warum auch, die Arbeit ist in diesem Rahmen sowieso Nebensache.

Denn, so erklärt der Herr Oberregierungsrat, wie leicht läßt sich ein solches Heer der Arbeit

in ein Heer der Waffen umwandeln,

das für die Ehre des Vaterlandes zu kämpfen und zu sterben weiß. Hier hat einmal jemand das Kind beim richtigen Namen genannt, vielleicht zum Entsetzen seiner Auftraggeber, denen wir zu äußerstem Dank für die Offenheit verpflichtet sind, mit der hier die Herzenswünsche der Leute um Treviranus enthüllt wurden. Daß den Arbeitsdienstpflichtigen kein Koalitionsrecht gewährt werden darf, daß von tariflicher Regelung des Verhältnisses keine Rede sein kann, vermerkt nach plumpen

Heute

- 5. Distrikt. 20 Uhr bei Hennings, Augustenstraße, Versammlung. Gen. Ahrenholdt spricht.
- 8. und 9. Distrikt. Versammlung der tätigen Genossen 20 Uhr in der „Margarethenburg“. Gen. Weiß spricht.
- 18. Distrikt. 20 Uhr im Kaffeehaus. Gen. Polizeipräsident Egerstedt spricht.

Ich habe außerdem angeordnet, daß die Angelegenheit der breiten Öffentlichkeit unterbreitet wird. Dies ist geschehen.

Senator Mehrlein befandete dann, er sei zwar verhindert gewesen, an der entscheidenden Sitzung des Gesundheitsrats teilzunehmen. Die Entscheidung wäre aber auch bei seiner Anwesenheit nicht anders ausgefallen, da er sich in dieser rein medizinischen Frage völlig auf seine medizinischen Mitarbeiter verlassen habe.

Die Frage des Vorsitzenden, ob ihm der in der „Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung“ im Februar 1930 erschienene Aufsatz „In Lübeck sollen Kinder durch die Calmette-Impfung sterben“ zu Gesicht gekommen sei, wurde von Senator Mehrlein verneint.

Die Vorlage der im Anschluß an diese Bekundung von Rechtsanwalt Dr. Wittern gestellten Frage, wie sich Senator Mehrlein verhalten hätte, wenn der Angeklagte Dr. Alftaadt ihm die in der Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung angeführten Stimmen gegen das Calmette-Verfahren mitgeteilt hätte, wurde durch Gerichtsbeschluß abgelehnt. Dagegen wurde die gleiche Frage in der geschickten Umformung von Rechtsanwalt Dr. Frey zugelassen.

Dr. Frey fragte: Glaubte Senator Mehrlein bei dem Vortrag von Dr. Alftaadt, daß er genau, eingehend, vollständig und richtig informiert worden war? Glaubte er es auch heute noch?

Senator Mehrlein antwortete hierauf, daß er damals allerdings der Ansicht gewesen sei, Dr. Alftaadt habe ihm genau, eingehend, vollständig und richtig informiert. Er führte weiter aus, hätte er die Warnung des Reichsgesundheitsrats gekannt, so hätte er zumindest beim Reichsgesundheitsamt Rückfrage gehalten.

Es folgte dann die Vernehmung von

Geheimrat Vielesfeld.

Er zertörte das Märchen, daß seine Frau bei einem

Kaffeeklatsch mit Frau Calmette

die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck beschlossen habe. Geheimrat Vielesfeld beklündete weiter, wenn er in einem seiner Briefe an Calmette geschrieben habe, Dr. Alftaadt werde sich für die obligatorische Einführung des Verfahrens in Lübeck einsetzen, so beruhe diese Erklärung auf dem Eindruck, den er bei den Unterhaltungen mit Dr. Alftaadt gewonnen habe.

Danach wurde noch Generalarzt a. D. Dr. Hanßen als Zeuge vernommen. Er berichtete über die Sitzungen des Lübecker Gesundheitsrates und des ärztlichen Vereins, in denen die Einführung des Calmette-Verfahrens besprochen worden war. Seine Vernehmung ergab, daß nur ein ganz geringer Teil der Lübecker Ärzteschaft bei der Sitzung des ärztlichen Vereins anwesend war, daß die „einmütige Zustimmung“ der Lübecker Ärzteschaft also durchaus nicht die Zustimmung aller Lübecker Ärzte war.

Die Verhandlung wird Dienstag fortgesetzt, wird Mittwoch fortgesetzt, wird Donnerstag fortgesetzt usw.

Die Wahrheit kann warten... Carl Brinzer

Angriffen auf die Sozialversicherung nicht weiter. Mit Genugtuung nehmen wir demgegenüber zur Kenntnis die Ausführungen über die kraftvolle Entwicklung der freien Gewerkschaften. Mancher Sabaudist hörte so etwas vielleicht zum erstenmal und verbrachte daraufhin eine schlaflose Nacht.

In der Aussprache kamen die verschiedensten Interessen mit ihren Wünschen an das Tageslicht. Da war z. B. der „Gelbe“, der für

Einstellung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiter

warb. Da war weiter ein echtdeutscher Mann von der Stahlhelmfront, Major a. D. Gutsbeffer oder sonst etwas — der beschäftigte sich seit langer Zeit mit der Angelegenheit und ist so von dem Vorgefragenen begeistert, daß er gerne die ersten tausend Mark schmeißt, wenn die Arbeitsdienstpflicht eingeführt wird. Es sprach weiter ein Jungdo mann, der geschäftlich viel unterwegs ist und über die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes durch seinen Orden berichtet. Auch in Lübeck wird der Jungdo den freiwilligen Arbeitsdienst, von dem der Redner des Abends zu wenig gesagt habe, einführen.

Und dann bemühte sich Herr Konsul Stolterfoht, die Geister, die der Herr Oberregierungsrat gerufen hatte, wieder loszuwerden. Er bezweifelste die Möglichkeiten einer Einführung der Arbeitsdienstpflicht nach den vom Referenten vertretenen Richtlinien. Vielleicht hat Herr Stolterfoht davon gelesen, daß vor längerer Zeit auch von solchen, die der Arbeitsdienstpflicht wohlwollend gegenüberstehen, erkannt wurde, daß ihre Einführung an den unerschwinglichen Kosten scheitern müßte, und so bemühte er sich, den unangenehmen Eindruck der oberregierungsrätlichen Ausführungen nach Kräften zu verwischen. Daß ihm das gelungen ist, wird er selbst nicht glauben.

Allen denen aber, die der Meinung sind, was uns dennoch groß passieren könnte im Reiche Hugenberg oder Hitlers, mag beim Lesen des vorstehenden Berichtes über jene denkwürdige FVB-Versammlung ein Lichtlein aufgegangen sein, das genügend Helligkeit verbreitet.

Wohltätigkeitskonzert der Ordnungspolizei

Die Kapelle der Ordnungspolizei veranstaltet am Freitag, dem 30. d. M., 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus ein Wohltätigkeitskonzert, dessen Reinertrag dem Wohlfahrtsamt zum Zwecke der Spisierung erwerbsloser Jugendlicher zur Verfügung gestellt werden soll. Das Programm für das Konzert ist überaus vollständig gehalten, so daß die Besucher sicherlich auf ihre Kosten kommen werden und mit Rücksicht auf den guten Zweck der Veranstaltung auf ein volles Haus gerechnet werden kann. Der Eintritt beträgt 50 Mia. pro Person.

Sonderkurse für jugendliche Erwerbslose

Am 2. November beginnen diese Sonderkurse. Jeder erwerbslose Jugendliche kann nach einem Verzeichnis eine Auswahl treffen.

Deutsch: Der „mündige“ Staatsbürger. Es ist oft schwer, Gedanken klar auszudrücken, so daß jeder sie versteht.

Rechnen: Was wir im täglichen Leben gebrauchen. Von praktischen Beispielen ausgehend sollen wichtige Aufgaben behandelt werden.

Volkswirtschaft: Warum bin ich arbeitslos? Das Verhängnis, das uns alle schwer belastet, soll auseinandergeleitet werden.

Biologie: Was muß ich vom Leben wissen? (Mit Führungen und Lichtbildern.) Der Mensch in der Natur.

Kunst: Bildende Kunst in Lübeck. (Mit Führungen und Lichtbildern.) Es sollen die Kunstschätze unserer Museen und Kirchen bekannt werden.

Freies Zeichnen nach Modellen in Bleistift, Feder, Kohle, und Kreidetechnik. Dienstag, Donnerstag und Freitag vorm. 11-1 Uhr.

Nach Wakenitzhof und Falkenhufen. Die Genossinnen vom 2. Distrikt haben keine Ruhe. Sie müssen immer unterwegs sein, sei es zu ihrer Versammlung oder nach einer Beschäftigung.

Vernichtung des Spargelkrankes. Zur Verhinderung der Weiterverbreitung des Spargelkrankes, der in den letzten Jahren wieder vielfach Schaden angerichtet hat, muß das Spargelkraut möglichst bald, spätestens aber bis zum 1. Dezember abgemäht und verbrannt werden.

Die Gesundheit in Lübeck. Vom Gesundheitsamt wird uns mitgeteilt: Der Gesundheitszustand in bezug auf ansteckende Krankheiten war im Monat September 1931 im allgemeinen günstig.

Diensteiger, Achtung! Weil die Unternehmer einen Lohnabbau von 15 Prozent und einen Abschabbau von 20 Prozent verlangen, sind die Diensteiger im Bezirk Schleswig-Holstein und Lübeck einmütig in einen Arbeitsstreik getreten.

Der Vorstand des Bergwerksbundes.

Die Gewährung von Sachleistungen an Arbeitslose

Die neuen Richtlinien

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr die in der Presse bereits angekündigten Richtlinien über die Gewährung von Sachleistungen in der Arbeitslosenversicherung und Verbilligung des Lebensbedarfes für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige veröffentlicht.

Zur Minderung der bei Durchführung dieser Maßnahmen entstehenden Kosten können im weitesten Maße Pflichtarbeiter herangezogen werden.

Nachdrücklich warnt der Reichsarbeitsminister in seinen Richtlinien vor Versuchen, die Naturabversorgung der Arbeitslosen unter Ausschaltung des Handels in eigener Regie durchzuführen und verweist dabei auf die ungünstigen Erfahrungen der Kriegswirtschaft.

Man ist sich bewusst, daß die Erfassung von Barunterstützungen durch Sachleistungen einen starken Eingriff in die Lebensführung und Selbstverantwortlichkeit der Unterstützungsempfänger bedeutet und sie nur zu rechtfertigen ist, wenn dadurch eine bessere Versorgung der Unterstützten erreicht werden kann.

Für die Empfänger von Arbeitslosen- oder Rentenunterstützung sind die Sachleistungen auf höchstens ein Drittel der Unterstützung beschränkt, für die von

der öffentlichen Fürsorge Unterstützten ist sie dagegen nach den Reichsgrundsätzen unbegrenzt möglich.

In der Hauptsache kommt die Gewährung von Sachleistungen durch Lieferung von Brot, Kartoffeln und Brennstoffen in Frage. Dabei müssen natürlich aus persönlichen Gründen des Unterstützten, vor allem wegen Krankheit, Ausnahmen zugelassen werden.

Besondere Aufmerksamkeit werden die örtlich zuständigen Stellen auf die

eintandfreie Beschaffenheit der Waren

zu richten haben, um dadurch bei den Unterstützten nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie sich aus Ersparnisgründen mit Waren minderer Güte begnügen müssen.

Zur Durchführung der Gewährung von Sachleistungen sehen die Richtlinien drei Wege vor, und zwar einmal die Aushängung von Gutscheinen über bestimmte Arten und Mengen von Waren unter Anrechnung auf die Barunterstützung, zum andern die Lieferung von Gutscheinen, mit denen der Unterstützte bei den Verkaufsstellen die Waren in Empfang nimmt und den ermäßigten Preis dafür selbst entrichtet und drittens ein Verfahren, nach dem bestimmte Arten und Mengen von Waren an Personen, die sich durch eine Beschneidung als Arbeitslose ausweisen, verbilligt abgegeben werden.

Der zweite Weg zur Durchführung der Sachleistungsgewährung dürfte unserer Ansicht nach der empfehlenswerteste sein, denn durch die Abgabe von Gutscheinen fällt die Ausübung eines Zwanges auf den Unterstützten fort, bestimmte Waren an Stelle einer Barunterstützung in Empfang zu nehmen.

Es bleibt seinem freien Willen überlassen, ob er von der Verbilligung Gebrauch machen will

und er wird von der Verbilligung durch die Bezugsgeldscheine bestimmt dann absehen, wenn er weiß, daß die ihm dafür gelieferten Waren von minderer Beschaffenheit sind. Es ist also durch dieses Verfahren einmal die sicherste Gewähr dafür gegeben, daß der Unterstützte einwandfreie Waren erhält und zum andern kann es dem Unterstützten selbst überlassen bleiben, zu entscheiden, ob er diese verbilligten Waren von einem Mitglied des Einzelhandels oder von einer Konsumgenossenschaft beziehen will.

An der verbilligten Versorgung der Arbeitslosen haben unter anderem ihre Beteiligung zugesagt die Spitzenverbände des Kartoffel- und Kohlenhandels, das Bäcker- und die Brotfabriken, der Fischhandel und die Kohlenhändler.

Inwieweit für Arbeitslosen- und Rentenunterstützungsempfänger die Gewährung von Sachleistungen zugelassen ist wird der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung noch durch besondere Richtlinien regeln, doch steht schon heute fest, daß Sachleistungen nur in soweit in Frage kommen können, als sie von den Fürsorgeverbänden auch für die Wohlfahrtsunterstützten eingeführt werden.

Steigerung des Großhandelsindex

Die vom Statistischen Reichsamt für den 21. Oktober berechnete Indexziffer der Großhandelspreise lag mit 107,3 um 0,6 Proz. höher als in der Vorwoche. Diese Steigerung ist auf Preissteigerungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für industrielle Rohstoffe und Halbwaren — vor allem für Textilien — zurückzuführen.

Achtung Gewerkschaftsvorstände!

Die nächste Versammlung der Gewerkschaftsvorstände findet am Mittwoch, dem 4. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Wir bitten den Tag, soweit irgend möglich, von andern Veranstaltungen freizulassen.

*

Rückblick. Auch S.N.J. Rückblick steht treu zur S.N.D. Am Freitag fand unsere erste Mitgliederversammlung statt, in der die Spaltung außerordentlich gerügt wurde. Es wurde einstimmig beschlossen, treu zur S.N.D. zu stehen und sich den Anordnungen der Partei zu fügen.

Wie wird das Wetter am Mittwoch?



Hell und frostig

Zunächst schwachwindig, heiter, trocken, kalt, Nachtfrost, später nach Süd bis Südwest drehende Winde.

Die Entwicklung der Großwetterlage über unseren Breiten ist die am Sonntag erwartete Tendenz ungeändert. Die norddeutsche Tiefebene ist ganz und gar kalt überflutet, weshalb die Temperaturen für diese Jahreszeit unerkennbar niedrig liegen.

...fertige Mischungen aus Kathreiner und Bohnenkaffee gibt's nicht zu kaufen...

Gerade diese Mischung schmeckt aber bekanntlich ganz besonders gut. Also: einzeln kaufen, bitte, und selbst mischen — es lohnt wirklich!

LÜBECKER STADTTHEATER

Andine

Romantische Zauberoper von Albert Lortzing

E. H. Hoffmann, der geistvolle Schriftsteller, der begabte Maler, war auch ein erfolgreicher Komponist (die Vielseitigkeit der Kunstübung hat er mit manchem Romantiker gemein). Seine 1816 entstandene Oper „Andine“, nach einem Text von Franque, gilt ihn als Vorläufer und Vorbild der Romantik.

„Andine“ bezaubert sich nun schon über 80 Jahre an fast allen Opernbühnen und zählt mit Lortzings andern Hauptwerken zu den meistgespielten Opern überhaupt. Heute allerdings — in unserer andernromanischen Zeit — scheint sie fast verblasst, und ihre Faszination und Schwärme treten überdienten wahrnehmbar hervor.

Die Aufführung im Stadttheater hat gute Ansätze und recht lebhaften Beifall erlangt. Nachdem es gelang, es nicht, Verflüchtigt durch leuchtende Farben aufzuführen, obwohl manche der

Bilder (die Szenen am und im See) wirklich romantische Stimmung atmeten, obwohl auch Herr Schott seine Aufmerksamkeit liebevoll scheinbar belanglos — für die Handlung aber nicht immer unwichtigen — Einzelzügen und Nebendingen zugewandt hatte.

Die Titelfigur sang Fräulein Zid. Sie besitzt ein beneidenswert schönes Material. Aber sie verfügt noch nicht frei darüber. Jedenfalls noch nicht in einem Maße, das ihr die einwandfreie Wiedergabe einer Partie, wie es die Andine ist, heute schon ermöglichen konnte. Herr Zeimlsang seinen bläulichen, langweiligen — das soll kein Vorwurf für ihn sein! — Ritter recht robust, Herr Ernst den Beherrscher der Fluten mit größerer Zurückhaltung, als gut und der Charakterisierung dienlich erscheint.

H. D.

Rund um den Erdball

Zwei schöne Sachen



Vorbereitung für Gänselein
Federzupfen in Pommern.



Weinernte im Rheinland
die sich bis Oktoberende hinzieht.

Winter im Anzug

Schneefall in Bayern, im Schwarzwald und in England

Deutschland wird zurzeit von kalter Luft überflutet. In der Nacht zum Montag traten wieder verbreitete Fröste auf. Die südlichen Depressionen brachten im Riesengebirge, in den Alpen und bei Temperaturen um Null auch in Oberbayern Schneefälle. In München hat ausgiebig geschneit, ebenso im Allgäu. In den Bergen, auch im Schwarzwald und im Riesengebirge, ist bis 800 Meter herab 20 Zentimeter Schnee gefallen.

In Augsburg schneite es zwanzig Stunden ununterbrochen. Ein empfindlicher Temperaturrückschlag ist erfolgt. Die Schneedecke ist für die jetzige Jahreszeit so ungewöhnlich dicht, daß in Schwaben zahlreiche Telefonleitungen gestört sind und sich sogar Mastenstürze ereignet haben. Zwischen einer Reihe von Städten ist der Drahtverkehr unterbrochen. In Augsburg und München liegt der Schnee 6 Zentimeter und auf dem Lande 15 Zentimeter hoch. In Kempten im Allgäu beträgt die Schneedecke bereits 20 Zentimeter. Auf den Allgäuer Hochalpen werden starke Schneeverwehungen gemeldet, die den Wagen- und Automobilverkehr teilweise lahmlegen. In Obersdorf und Oberstaufen ist eine für den Oktober anormale Kälte von 6 bis 7 Grad zu verzeichnen. Wenn der Schneefall anhält, ist mit Lawinengefahr zu rechnen.

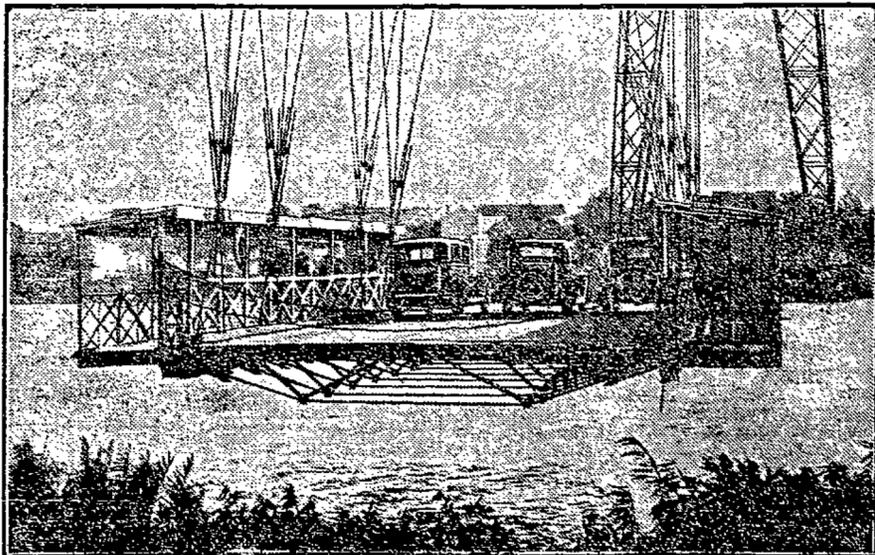
Im englischen Kanal fiel der erste Schnee, der mit einem eifigen Nordwind und starkem Seegang verbunden war, so daß die Schifffahrt große Verspätungen erlitt. Der britische Uebersee-Dampfer „Belgenland“ traf mit 10stündiger Verspätung aus Newyork ein. Aus verschiedenen höher gelegenen Seilen aus England, Wales und Schottland trafen die ersten Meldungen über erhebliche Schneefälle ein.

Rundfunkkongress in Rom

Die Internationale Union der Rundfunkgesellschaften hielt in Rom ihren Jahreskongress ab. Es waren 17 Staaten vertreten. Ueber die wichtige Frage der gegenseitigen Sendeförderungen konnte keine Einigung erzielt werden; keiner der vertretenen Staaten wollte sich zum Abbau von Sendern entschließen. Beschlissen wurde, den internationalen Programmaustausch auszubauen.

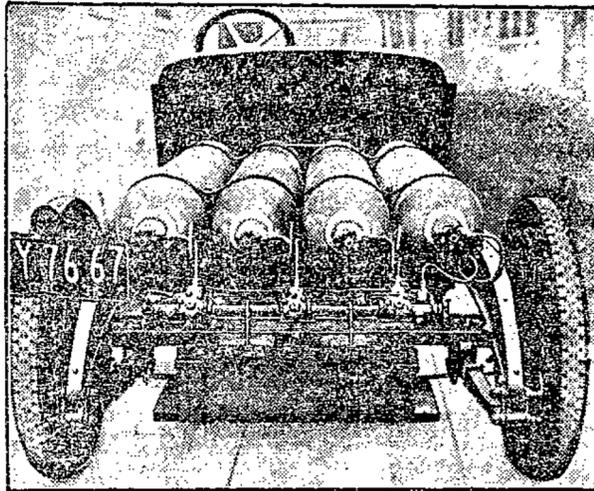
Zum Schafott getragen

In Saint Miel (Frankreich) wurde ein Italiener hingerichtet, der zu Beginn des Jahres eine alte Frau und ihren 15-jährigen Sohn ermordet hatte, um sie zu berauben. Der Verurteilte brach beim Blick der Guillotine in furchtbare Schreie kämpfe aus und mußte zum Schafott getragen werden.



Autos schweben über den Fluß

Zur Beförderung von Personen und Automobilen über den Fluß Charente bedient man sich in Rochefort dieses eigenartigen Mittels: quer über den Fluß acht eine Schwebelücke, die den Verkehr zwischen beiden Ufern vermittelt.



Preßluft als Betriebsstoff

wird bei diesem in Amerika konstruierten Automobil verwendet. Der Motor wird also nicht mehr mit Benzin angetrieben, sondern mit komprimierter Luft, die in mehreren Flaschen mitgeführt wird.

Gefängnisurteil gegen Selo

Der Krefelder praktische Arzt Dr. med. Selo wurde nach acht-tägiger Verhandlung vom Gericht Krefeld wegen Verstosses gegen § 218 in sechs Fällen bei Zubilligung mildernder Umstände zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. In den übrigen Fällen, die zur Verhandlung standen, erkannte das Gericht auf Freispruch. Die Anklage auf Betrug war fallen gelassen worden. Der Verteidiger will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Erlaß für Vitamine C?

Der norwegische Chemiker Ottar Rygh in Stavanger soll auf künstlichem Wege Stoffe mit der Wirkung des Vitamins C hergestellt haben. Vitamine sind wichtige Bestandteile verschiedener Nahrungsmittel und für den menschlichen Stoffwechsel unentbehrlich. Das Fehlen von Vitaminen kann sogenannte „Mangelkrankheiten“ zur Folge haben; durch Mangel an Vitamin C, das sich u. a. sehr reichlich in Zitronen findet, entsteht z. B. häufig Skorbut. Im übrigen weiß man über chemischen Aufbau und Wirkungsweise der Vitamine nur wenig. In Schweden wurde bereits eine Gesellschaft gegründet, die sich die praktische Verwertung der Ryghschen Entdeckung zur Aufgabe gemacht hat.



Erik Neeger

dem für seinen Roman „Die Union der festen Hand“ der Kleistpreis zuerkannt ist. Erik Neeger, der eigentlich Hermann Dannenberger heißt, ist gebürtiger Rheinländer und war lange Jahre als Redakteur bei einer westfälischen Zeitung tätig.

Kurze Meldungen

Tod durch die Bierflasche. In einer Bahnstrecke in der Nähe von Straßburg wurde ein Streckenwärter von einer von Reisenden aus einem Zuge geworfenen Bierflasche so unglücklich am Kopf getroffen, daß er einen Schädelbruch erlitt und verstarb.

7 Millionen Mark Geldstrafe. Vom großen Schöffengericht Köln wurden die der Zollhinterziehung, Zollhehlerei und des Schmuggels angeklagten Mitglieder einer Schmugglerbande, die in fünf Wochen ungefähr drei Millionen Zigaretten aus Belgien nach Deutschland eingeschmuggelt hatten, zu Gefängnis und zu Geldstrafen von insgesamt sieben Millionen Mark verurteilt.

Feuer im Kinderkino. In Jassy (Rumänien) brach in einem Kino während der Kindervorstellung Feuer aus. Viele Kinder wurden niedergetreten und zum Teil schwer verletzt. Der Operateur ist den erlittenen Brandverletzungen erlegen.

Streik der Golsjongen. Mehr als 100 Golsjongen traten in El Paso in Texas in Streik und verlangten höhere Entlohnung von den zahlreichen Golsclubs, in denen sie angestellt sind. Es kam zu großen Schlägereien zwischen den Streikern und Streikbrechern, die sich sofort in großer Zahl eingefunden hatten.



Das erste Wintersportdenkmal Deutschlands

wurde jetzt im Wintersportplatz Altenberg im Ost-Erzgebirge enthüllt: „Der Eiskäufer“, eine drei Meter hohe Bronzeplastik, ein Werk des Bildhauers Löbner-Dresden.

In 14 Tagen 18 000 Zugang

Der Arbeitsmarkt in der Nordmark

Berichtszeit vom 1. bis 15. Oktober 1931

Durch die anhaltende, konjunkturelle Depression kam es während der Berichtszeit erneut zu weiteren Betriebs Einschränkungen und Betriebsstillegungen, sodaß der Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark eine bedeutende Verschlechterung erfuhr. Nachdem der Zugang Arbeitsuchender in der vergangenen Berichtszeit nicht allzu erheblich war, hat sich das Tempo der Verschlechterung in der ersten Hälfte des Monats Oktober gesteigert, sodaß sich dieser auf 6,1 Prozent beläuft. Im einzelnen hat die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden eine Steigerung um 14 734 und die der weiblichen eine solche um 3 199, das ist ein Anwachsen um 6,1 bzw. 6,2 Prozent, erfahren. Demnach sind gegenwärtig im Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark

258 081 männliche und 54 501 weibliche, zusammen
312 582 Arbeitsuchende vorhanden,

von denen bei den Arbeitsämtern im Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark 278 323 (228 257 männliche und 50 066 weibliche) Arbeitslose gemeldet waren. In der Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 12,0 Prozent gesunken, so daß zur Zeit 84 740 Unterstützte aus der Arbeitslosenversicherung vorhanden sind. Die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger erfuhr eine Erhöhung um 21,2 Prozent, so daß 84 875 Unterstützte aus Mitteln der Krisenfürsorge gezahlt wurden. Insgesamt war demnach ein Zugang von 20 Prozent bei der Gesamtzahl der Unterstützten festzustellen, die sich auf insgesamt 169 615 gegenüber 166 304 am 30. September 1931 beläuft.

Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark stand während der Berichtszeit unter dem Zeichen des

Abbaues von Arbeitskräften aus fast allen Wirtschaftszweigen.

Eine Ausnahme davon bildete lediglich das Bekleidungs-gewerbe, da in diesem durch die gegenwärtige Saison Kräftebedarf vorlag, ohne daß aber auch nur annähernd die Zahl der Anforderungen der Vorjahre erreicht wurde.

In den Außenberufen hat die Beendigung der Kartoffelernte und die Einstellung der Druscharbeiten dazu geführt, daß der Zugang an landwirtschaftlichen Kräften sehr erheblich war. Im Gartenbau war die Lage äußerst ruhig, und der Baumarkt war infolge Finanzierungsschwierigkeiten kaum noch aufnahmefähig, zumal auch Reparaturarbeiten nur noch in sehr geringem Umfang vorhanden sind.

In Industrie, Handel und Gewerbe wirkt sich die allgemein ungünstige Wirtschaftslage mehr und mehr aus. Am Quartals-schluß setzte ein erheblicher Zugang an Arbeitsuchenden aller Berufsgruppen ein, der schließlich zu dem Zugang von über 17 900 Kräften innerhalb 14 Tagen führte. Besonders ungünstig gestaltete sich nach wie vor die Lage in der Metall-Industrie. Aber auch in den Konsumgüter-Industrien war der Beschäftigungsgrad wenig befriedigend und von Anforderungen für das Weihnachtsgeschäft, die in den Vorjahren bereits um diese Zeit einsetzten, war noch nichts zu verspüren.

Schlummert ist die Lage bei den kaufmännischen und technischen Angestellten. 427 offenen Stellen standen zusammen 31 600 Bewerber gegenüber, so daß auf je eine Stelle 74 Bewerber entfielen.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für technische Angestellte waren überaus gering, da in wachsendem Maße durch Betriebs-einschränkungen im Baugewerbe und der Metallindustrie Kräfte freigesetzt wurden. Besonders zahlreich waren unter den Stellungsuchenden dieser Berufsgruppe ältere Angestellte vertreten. Bei 6219 Bewerbergesuchen erfolgten nur 25 Vermittlungen.

durch, daß die Versteigerung nicht durchgeführt und das Schwein wieder zurückgegeben wurde. Eine Kolonne von etwa 15 Personen marschierte sodann auf den Hof eines Bahnbeamten, der sein Fuhrwerk zur Abholung des Schweins zur Verfügung gestellt hatte. Der Beamte wurde von den Kollkommandos auf das Schwerste bedroht, außerdem entfernte man von seinen Wagen die Achsen-schrauben. Als Wortführer machte sich besonders der stellvertretende Gemeindevorsteher bemerkbar.

Die alte Bürgererschaft nimmt Abschied

di. Hamburg, 25. Oktober

Die Wahlperiode der neuen Hamburger Bürgererschaft beginnt am 1. November. Die Wahlperiode der alten reicht demgemäß bis zum 31. Oktober. Zum letztenmal versammelte sich die alte Bürgererschaft in der vergangenen Woche, um mit dem Stoff aufzuräumen, der sich in den letzten Wochen noch angesammelt hatte und dringend der Erledigung bedurfte.

Viele hatten mit einer lebhaften und mit allerhand Knalleffekten ausgestatteten Schlussitzung gerechnet, aber die Sensationslüsternien kamen nicht auf ihre Rechnung, es war eine Arbeits-sitzung, mit der die Bürgererschaft einen würdigen Schlussstrich unter eine fast vierjährige und im wesentlichen doch erfolgreiche Arbeit setzte. Eine Reihe von Anfragen, die Anlaß zu politischen Auseinandersetzungen geben konnten und auch wohl zur Folge gehabt hätten, wenn die Besprechungen nicht aus Zeitmangel schließlich doch unter den Tisch gefallen wären, wurden ohne langen Aufenthalt erledigt, so daß der sachliche Beratungsstoff schnell in Angriff genommen werden konnte. Hier harrten mehrere wichtige Senatsvorlagen und Ausschussberichte von erheblicher finanzieller Bedeutung der Erledigung. Vorlagen, die von der alten Bürgererschaft noch verabschiedet werden mußten, wenn nicht erste Störungen in den betroffenen Unternehmen ausgeglichen werden sollten. Da war zunächst die Übernahme der Garantie für die Hafendampfschiffahrt A.-G. bis zum Betrage von 1,8 Millionen Mark, die durch den infolge der Krise gemaltig zurückgegangenen inneren Hafendurchlauf notwendig geworden ist. Deutschnationale und Kommunisten leisteten sich das Vergnügen, auch gegen diese elementare Verpflichtung Scheinwiderstand zu leisten, aber die Mehrheit ging über die oppositionellen Widerstände hinweg und nahm die Senatsvorlage an.

Dasselbe geschah auch mit der Übernahme einer weiteren Ausfallbürgschaft für die Hamburgischen Sparkassen bis zur Höhe von höchstens 40 Millionen Mark, nachdem schon am 26. August eine Bürgschaft bis zu 20 Millionen Mark übernommen worden war. Es handelt sich hier selbstverständlich lediglich um eine Aktion, die einer etwaigen Danifikation unter den Sparern entgegenarbeiten will.

Erheblich umkämpfter war die Nachbewilligung für das Stadttheater und die Philharmonie, für die insgesamt 412 000 Mark als neue Ausfallgarantie übernommen werden sollten. Im Grunde genommen handelt es sich hier lediglich um eine Freigabe von schon im Etat eingelegten Mitteln, über die aber nach den Vorschriften in der Etatberatung noch ein besonderer Bürger-schaftsbeschuß herbeigeführt werden mußte. Natürlich wurde von allen Seiten die Frage ernsthaft ventiliert, ob in dieser Notzeit die Vergabe weiterer staatlicher Mittel für diese Institute verantwortet werden kann. Deutschnationale und Kommunisten machten sich auch in diesem Fall die Aufgabe furchtbar leicht, während die verantwortungsbewußten Fraktionen der Koalition sich natürlich nicht um die Fatiache herumdrücken konnten, daß bei einer Schließung des Stadttheaters für die Erfüllung der laufenden Verträge noch ein Zuschuß von über 600 000 Mark notwendig wäre, ganz abgesehen davon, daß mit einer Schließung auch einige hundert Arbeiter brotlos werden. Selbstverständlich wurde die Notwendigkeit ernstester Spar-samkeit hervorgehoben; für die sozialdemokratische Fraktion betonte Metke, daß nur unter der Voraussetzung der Zustimmung erfolge, daß die Gesellschaft alle Verträge bis zum 31. Juli 1932 zu kündigen hat, um die Möglichkeit eines Neuaufbaues zu erleichtern. Daß die Stadttheater-Gesellschaft sich bereits um namhafte Einsparungen erfolgreich bemüht hat (es sind immerhin 855 000 Mark an Personal- und Sachausgaben eingespart worden) wurde lobend anerkannt. Entsprechend den Vorschlägen des Ausschusses und des Senats wurden die Senatsvorlagen angenommen mit der Maßgabe, daß für das nächste Jahr eine durchgreifende Reform erfolgt und die Zusammenlegung der beiden Orchester ernstlich geprüft wird.

Nach mehr als sechsstündiger Beratung war der vorliegende Stoff mit der Fülle von kleineren Vorlagen und Anträgen im wesentlichen erledigt, so daß Präsident Leuteris der alten Bürger-schaft die Abschiedsrede halten konnte. Er gab einen kurzen Überblick über die geleistete Arbeit in den vier Jahren und zeigte, daß doch für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau Hamburgs sehr bedeutendes geleistet worden ist. Neben den großen Staatsverträgen mit Preußen über die Hafen- und Siedlungsgemeinschaft und den Verträgen mit Lübeck, Bremen, Oldenburg und Braunschweig, in denen die Grundlage für einfachere, zweckmäßigere und sparsamere Erledigung staatlicher und kommunaler Aufgaben gelegt worden ist, hat die Bürger-schaft für den Hafen Hamburgs insgesamt rund 30 Millionen Mark bewilligt, hat die Fertigstellung einer neuen Untergrundbahnstrecke ermöglicht, 22 neue Schulen und zahlreiche Heime für die Jugend geschaffen, den Bau von mehr als 30 000 Wohnungen gefördert und schließlich die Ent- und Bewässerung des Landgebietes, ein neues Bebauungsplan-gesetz und ein neues Landungsplanungs-gesetz, ein Finanz-ausgleichs-gesetz und den Umbau des Bergedorfer Bahnhofes beschlossen. Prä-sident Leuteris hatte recht, wenn er seine Ausführungen durch den Wunsch schloß, daß es für die aufbauenden Kräfte des bisherigen Parlaments, die auch den Kern der neuen Bürger-schaft bilden werden, ein schweres Stück Arbeit sein werde, um auch die neue Bürger-schaft zu sinnvoller Arbeit zu zwingen. Ob es gelingen wird? Das sind die Aussichten dafür nicht. In der neuen Bürger-schaft, die am 1. November zu ihrer ersten Sitzung zusammentritt, wird der Wille zur sachlichen Arbeit wohl nicht so überragend sein. Aber warten wir ab.

11 Jahre Gefängnis für Capone

Der amerikanische Bandenkönig Al Capone wurde vom Gericht in Chicago wegen Steuerhinterziehung zu elf Jahren Gefängnis und 50 000 Dollar Geldstrafe verurteilt.

Brosam: Lübeck

Schwartau-Hensfeld. S. P. D. - Frauengruppe. Am Mittwoch, dem 28. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Transvaal“ unsere Monatsversammlung statt. Auf der Tagesordnung haben wir 1. Anmeldung neuer Mitglieder. 2. Lichtbildvortrag „Im Westen nichts Neues“, Referent ist der Genosse Scharp-Lübeck. 3. Verschiedenes. Die Genossinnen werden erlucht, vollständig zu erscheinen. Mit uns sympathisierende Frauen und Mädchen sind freundlichst willkommen.

Stadtratssitzung in Schwartau

P. Schwartau, 26. Oktober

Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der von der Regierung geforderten Abänderung der Voranschläge 1931/32. Dieser wurde zugestimmt. — Die geforderte Einführung der doppelten Bürgersteuer, welche z. B. bis 4500 RM. Einkommen 12 RM. plus 50 Prozent Zuschlag für Verheiratete betragen soll, wurde einstimmig abgelehnt. Die Regierung muß nun die Steuern im Verordnungswege verfügen. — Die Verpachtung der Ländereien erfolgt auf drei Jahre. Das Kurhaus wurde an Herrn Patow (Lübeck) für eine Jahrespacht von 12 000 RM. ab 1. Januar 1932 verpachtet. — Die Lübecker Straßenbahn hat, ohne das Ergebnis der Stellungnahme des Stadtrats abzuwarten, die Spätwagen eingestellt. Es wurde auch ganz besonders Beschwerde geführt darüber, daß gegenüber den Theaterbesuchern beim Anschluß der Straßenbahn wenig Rücksichtnahme geübt würde. Dementsprechend sind die Abonnenten für das Stadttheater sehr zurückgegangen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit der Behörde in Lübeck in Verbindung treten soll, um diese unliebsamen Zustände abzuändern. Ferner soll erwogen werden, eventuell einen Autoverkehr einzulegen. Da die Spätwagen sehr gut besetzt waren, werden sich eventuell Tourenwagenbesitzer finden, diese Verbindung aufrecht zu erhalten.

Meinliches aus Cutin

Cl. Cutin, 26. Oktober

Zur Hausangestelltenfrage. Es wird seit einigen Jahren bitter geklagt über die Verschlechterung in der Hausangestelltenfrage. Hierzu sei ergänzend mitgeteilt, daß gerade die hochfliegenden Herrschaften das schlechteste Beispiel geben, während es bei einfach lebenden Familien besser geht. Diese Beobachtung ist bemerkenswert, da sie einer landläufigen Meinung widerspricht; denn es gibt viele Mädchen, die hochherzhaftliche Plätze in der Erwartung bevorzugen, dort besser aufgehoben zu sein. Vielfach ist es wohl auch Eitelkeit, welche die Mädchen dorthin treibt, wofür sie meist schwer büßen müssen. Es wäre wichtig für die Hausangestellten, festzustellen, ob die Cutiner Beobachtungen auch an anderen Orten sich bestätigen.

Antisemitismus an der Arbeit. Wie die Antisemiten an die Arbeit gehen, das Volk über die wahren Schuldigen zu täuschen, zeigt eine Darstellung im „Anzeiger“ von Herrn Otto Köhler-Niefe. Dieser schrieb eine lange Reihe ziemlich belangloser Darstellungen aus dem Bürgerleben des vorigen Jahrhunderts, die immerhin von einigen gelesen sein mögen. Man könnte die Sache für harmlose Unterhaltungslektüre halten, aber in der letzten Nummer bricht der Sturm los. Den Schluß der beschaulichen Betrachtungen bildet etwas, was der Leser nicht erwartete: ein wütender Angriff gegen die Juden im Sinne des geistlosen Antisemitismus. So werden den Lesern durch 18 Fortsetzungen kleinrästliche Bürgergeschichten vortragen und dann bricht der politische Sturm los! Das Urteil über eine solche Kampfweise überlassen wir den Lesern.

Wie Behörden mit Erwerbslosen umspringen

— y — Mölln, 25. Oktober

Berechtigtter Unwille wird durch jetzt getroffene Maßnahmen des Arbeitsamtes Oldesloe bei den Erwerbslosen der hiesigen Nebenstelle erregt. Durch Eingehen verschiedener Nebenstellen sind Erwerbslose, welche 15 Kilometer und mehr von hier entfernt wohnen, gezwungen, nach hier zur Kontrolle und zur Entgegennahme ihrer Unterstützung zu kommen. Anstatt die Zahlzeiten die Morgenstunden anzubereimen, hat das Arbeitsamt die Zahlung in die späten Nachmittagsstunden verlegt. Um letzten Zahlung wurden die Letzten nach 6½ Uhr abgefertigt. Auch

diese Maßnahmen, welche noch durch verlangsamte Auszahlung ausgedehnt wurden, war es den Auswärtigen nicht mehr möglich, ihre Wohnung bei Tageslicht zu erreichen. Den Herren am grünen Tisch münshen die Erwerbslosen einmal vier Wochen die Strava-gen dieser ausgemergelten Unterstützungsempfänger, noch dazu bei dem zu erwartenden Winter ohne genügende Kleidung und Schuhzeug (von Verpflegung gar nicht zu reden) durchzumachen. Es würde alsdann den Herren wahrscheinlich die Freude an solchen Anordnungen vergehen. Bisher war es hier in der Nebenstelle üblich, bis 1 Uhr sich arbeitslos melden zu können; jetzt nur noch von 10—11 Uhr. Diese Anordnung scheint, auch ohne praktische Erfahrung vom grünen Tisch losgelassen zu sein. Desgleichen die Anordnung in der Sprechzeit der Arbeitgeber. Hier war den Arbeitgebern bisher Gelegenheit gegeben, Arbeitskräfte während der gelauten Dienstzeit anfordern zu können, jetzt nur noch von 9 bis 12 Uhr. Diese Anordnung wird den Erwerbslosen keine Arbeit bringen. Hoffentlich dauern diese Mißstände nicht lange.

Das wahre Gesicht der nationalen Opposition

Ein hanebüchener Aufruf

— y — Mölln, 25. Oktober

In einem Aufruf der nationalen Opposition, Ortsgruppe Mölln, veröffentlicht in Nr. 218 der Möllner Zeitung, wird gezeigt, wie die so viel gepriesene Volksgemeinschaft in Wirklichkeit aussieht.

Dieser Aufruf lautet wörtlich:

Die Winterhilfe der nationalen Opposition, Ortsgruppe Mölln, hat sich in schärfstem Gegensatz zu der vom Landrat geführten Winterhilfe entschlossen, sofort eine Naturalien-Sammlung in der Stadt Mölln durchzuführen. Die nationalen Kreise unserer Stadt werden dringend aufgefordert, den mit Ausweisen versehenen Sammlern soviel zu geben wie sie entnehmen können. Unsere Sammlung hat den Zweck, nicht Anhänger der Verfassungsparteien zu unterstützen, sondern den Not geratenen Familien der nationalen Opposition zu helfen, die einmal die Aufgabe haben wird, im deutschen Volk mit dem System der fortgesetzten Volksverelendung Schluss zu machen.

Nicht einmal die Brosamen dürfen für die 3+++ Republikaner von der Herren Tische abfallen. Die nationale Opposition will nur für ihre wackere SL und deren Anhängsel sammeln, weil sie hierdurch eine Garde um sich bilden will, die bereit ist, Republikaner auf Befehl zu morden. Wir werden vielleicht durch Abwehr gezwungen werden, die uns bekanntgewordenen Geschäfte zu veröffentlichen, welche dem Aufrufe Folge leisten.

Uns Margiften werfen diese Hassprediger Klassenkampf vor. Wir beharren immer und überall den Klassenkampf, aber lehnen bisher den Haß gegen eigene und fremde Volksgenossen ab. Den Aufruf geben wir wörtlich wieder, um jedem zu zeigen, wie es im dritten Reiche werden muß, wenn ein solcher Aufruf im zweiten Reich veröffentlicht werden kann und eine solche Sammlung erfolgen darf.

Bauernrevollen in Schleswig-Holstein

Kiel, 26. Oktober (Eig. Bericht)

Die von den Nationalsozialisten und den rechtsradikalen Landvolkgruppen inszenierte Steuer-sabotage der Bauern, die bisher bei Isehoje zu einer Demonstration von 1500 Bauern führte, hat inzwischen einige weitere Fälle nach sich gezogen. Bei Brunsbüttelkoog sollte bei einem Bauern Korn beschlagnahmt werden. Die Steuerfrei-Organisationen haben daraufhin 100 Mann beordert, die dem Gerichtsvollzieher die Ausübung seiner Pflicht unmöglich machten. Der Lastwagenbesitzer und seine Helfer wurden bedroht. Ferner wurden die Säcke zerschneiden, so daß der Kraftwagen unverrichteter Sache abfahren mußte. Die gewaltsame Verhinderung der gesetzlichen Maßnahme erfolgte im Beisein von drei Landjägern.

In Wimpfendorf bei Lockstedter Lager sollte bei einem Landmann ein Schwein gepfändet werden, weil er die Gebühren in einer Erbschaftsangelegenheit nicht bezahlte. Auch hier erzielten die Kollkommandos der Steuerverweigerer und letzten

Das rote Braunschweig kämpft

unter Führung der Sozialdemokratie gegen den Faschismus

Otto Wels' wichtige Anlagerede

Stadt und Land Braunschweig ist alter sozialistischer Kampfboden. Hier streute einst Wilhelm Bracke, der Antikämpfer Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, das Samenorn des Sozialismus, hier entzündeten im Laufe weniger Jahrzehnte schon vor dem Kriege machtvolle Gebilde der organisierten Arbeiterbewegung. Ihre Einheit wurde auch nach dem Kriege wiederhergestellt. Dreimal brachte die sozialistische Arbeiterschaft aus eigener Kraft eine sozialdemokratische Regierung auf, so zuletzt bis zum Herbst 1930.

Durch die Feigheit des Bürgerturns, dessen Mittelparteien vor den Nazis kapitulierten, durch den Verrat der SPD, die gegen die Sozialdemokratie stimmte, kam im Lande Braunschweig eine deutschnational-nationalsozialistische Regierung ans Ruder. Die kleine Zulaufmehrheit im Lande für den reaktionären Mitschalmach im Lande hat an der Tatsache nichts ändern können, daß

die Stadt Braunschweig noch wie vor eine marxistische Mehrheit hat,

wie die nachfolgenden Ergebnisse der Kommunalwahlen im März d. J. beweisen. Es erzielten:

SPD	37.672 Stimmen
NSD	12.236 "
zui.	49.908 Stimmen
Nazis	27.040 Stimmen
Bürgerliche	15.595 "
zui.	45.635 Stimmen

Auf diese alte rote Hochburg haben es die Fasentzucker abgesehen. Sie wählten sie auf ihre Art, d. h. mit Terror und Lügen eroberten. Seitdem die Hitlerpartei in Braunschweig einen Minister stellt, ist das Land Braunschweig zum Zummelplatz nazistischer und arbeiterfeindlicher Umtriebe ausgemacht. Die Fasentzuckerzettel reihen nicht ab, die Vergewaltigung der republikanischen Mehrheit durch die Nazis, die der Einführung der Regierung über sich, ist an der Tagesordnung. Nach dem rühmlichen Versprechen des Ministers Franz in der republikanischen Versammlung — er wolle nicht länger Polizeibeamter der Fasentzucker-Diktatur sein — hielt er dem Bürgerturn gegenübermaßen mit vorabgehaltenem Revolver anregungsmäßig Minister Klages, gemahntermaßen proklamierter Konfession, den Diktator.

Der Braunschweiger Blutsonntag

In Braunschweig, dem gegenwärtig einzigen deutschen Lande mit einem Fasentzuckerminister, ging der Sozialist von Harzburg, die Zusammenkunft der Inflationenverschönerer und reaktionären Arbeiterführer, vonstatten. Eine Woche danach, am 18. Oktober, wählte Hitler in Braunschweig den allseitigen Sieg der Harzburger Fasentzucker. Inzwischen — so hatte er wieder einmal falsch kalkuliert — war die Reichsregierung Brünnings geführt, inzwischen war für eine mehr oder minder faschistisch orientierte Fasentzuckerregierung die Bahn frei. Dies erzielte Ergebnis sollte in Braunschweig festlich begangen werden.

Die Probemobilmanöver des Faschismus war mit Bedacht in dieser Stadt angelegt, zeitlich und räumlich Braunschweig, so sollte Hitler und sein Stab, was das Symbol für die Stärke der nationalsozialistischen Bewegung, der keine andere mehr gemacht war, Braunschweig, wo ein Fasentzuckerminister die Polizeimacht in die Hände der SA- und SS-Handen legte, Braunschweig, wo die deutschen Faschisten als die Eroberer einziehen wollten, sollte die letzte Probe zum Erfolg sein.

Die aus dem ganzen Reich mit Unternehmern nach Braunschweig vertriebenen Nazis, die sich auf braunschweigischem Gebiet, denen war eröffnet worden, daß ihnen niemand etwas an würde, am allerwenigsten die ihrem eigenen Minister Klages unterstellte Polizei. Gleich nach seinem Amtsantritt hatte dieser merkwürdige Polizeiminister sich in öffentlicher Versammlung hinreichend und sich selbst hoch gemacht, daß er die Arbeiterkraft, die er

als „marxistische Faschismus“ bezeichnete, in ihren Arbeitsstätten zurückhalten werde. Jede die keine noch ungeschätzte Beschäftigung der Arbeiter der braunschweigischen Bevölkerung war im Interesse für die auf die Arbeiterkraft bezüglichen Fasentzucker.

Zwei Tage und zwei Nächte tobten sie wie im Feindesland.

Wohin der unter Aufsicht erkundigten sie sich nach der Lage der Arbeiter in denen vorliegenden Arbeiterwohnstätten. Daß die „Strafexpeditionen“ nach faschistischem Kultur von ihnen aus getrieben werden, geht aus den Befehlen der SA-Führer nicht hervor. Es wurden zwei Marschälle mit Arbeiterkennzeichen

wiegend bayerische, sächsische und Berliner Züge eingesetzt. Unter nichtigen Vorwänden drangen sie in der Übermacht — und selbstverständlich schwer bewaffnet — in die engen Gassen und Gassen ein mit dem Rufe:

„Straße frei!“ — Und schon wurde in die Arbeiterwohnungen geschossen

Zugleich wurden die Fenster der niedrigen Häuser demoliert, Hausbewohner bis in die oberen Etagen verfolgt, Korridore eingelegt, Wohnungen durchsucht, die Anfasseln umhandelt und verlegt. Wo die Nazibanden überaus eindringen konnten, übten sie ein wildes Schrecksregiment aus. Selbst Kinder und Kranke blieben vor diesen Unmenschen nicht verschont.

Unzählige Zeugen, darunter viele aus bürgerlichen Kreisen, selbst ein Pastor, bezeugten freiwillig der Redaktion des braunschweigischen „Volksfreund“ die Schandtaten der Hitlerbanden. Die Aussagen wurden protokolliert aufgenommen und zur Grundlage der an den Reichsminister der Reichswehr eingereichten gemächlichen Berichte und zum Anklage des Terrorregimes wurde, darum wurde es von Klages auf 3 Wochen (!) unterdrückt.

Über 60 mehr oder minder Verletzte gab der Polizeibericht am Montag zu — aber auch 3 tote meldete er.

Zwei von den Nazis ermordete Arbeiter klagen an

Die Fasentzucker lügen, sie seien angefallen und „provokiert“. Die Toten und Verwundeten aus der Arbeiterkategorie zeugen gegen diese Behauptung.

Der kommunistische Arbeiter Engelle wurde auf der Schwelle seines Hauses von uniformierten Nazis in dem Augenblick erschossen, als er sein jüngstes Kind von der Straße holte.

Eine echt faschistische Brutalität stellt die feige Ermordung des parteilosen Arbeiters Fischer dar. Grundlos von einem Stahlhelmer als Steinwerfer verdächtigt, fiel nachts auf der Straße eine Horde über Fischer her, schlug ihn mit Knütteln und Stahlruten zu Boden. Der schon blutende raffte sich auf, flüchtete und lief — einem zweiten Nazigrupp in die Arme. Nun war's geschehen. Wieder wurde er niedergebunden und mit Messerhieben traktiert. Schon im Blut schwimmend und verrohend wurde Fischer gehend rein getreten. „Laßt das Gas verrecken“ brüllten die „fittlichen Grunerer“ Passanten an, die den Sterbenden in Sicherheit bringen wollten.

Eine ungeheure Ermordung bemächtigte sich der gesamten republikanischen und proletarischen Bevölkerung.

Wo sie nicht überrumpelt war, leitete sie die den Verbrechern in brauner Uniform Widerstand. Vieles riefen Polizeibeamte, die alle mit diesen Banden nicht fertig wurden, Reichsbannerkameraden und kommunistische Arbeiter zur Hilfe. Bereit schlugen sie die Faschisten in die Flucht. Aus diesem Zusammenstoß unter der Führung der Polizei haben kommunistische Reporter, die in Berlin weit vom Staub lagen, hinterher phantastische Siegesmeldungen gemacht, wonach Braunschweigs Arbeiterkraft „unter der Führung der SPD gekämpft“ habe.

Kommunistische Aufschneiderien

Die SPD-Zeitungen gebärdeten sich nach den Schreckensstagen als die Sieger. Wenn man ihren großmäuligen Tiraden glauben sollte, dann hätten sich SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner ins Mauisloch verflochten — nur die kommunistische Partei war auf dem Posten geblieben.

Die „rote Fahne“ und ihre Ableger im Reich leiteten diese in ernster Zeit doppelt grotesken Aufschneiderien fort, indem sie antäglich der von der „Roten Hilfe“ übernommenen Verleumdungsfabrikanten der beiden ermordeten Arbeiter von einem politischen Massenstreik auf An-

weisung der SPD und von einer SPD-Demonstration von 30.000 Teilnehmern schrieben. In Delegierten der Braunschweiger Betriebe folgten den Forderungen des AFDG, der eine kurze Arbeitstube beschloffen hatte, 6000 etwa 6000 den Sägen auf dem Friedhof — davon gehörte die Hälfte der SPD und dem Reichsbanner an.

Das sozialistisch geschulte und freigeordnete Proletariat folgte dem Ruf seiner Organisationen — es hatte die SPD, die auch in dieser Stunde der Gefahr den dem Faschismus dienenden Bruderkampf nicht einstellte, wirklich nicht nötig. Das bewies mit aller Deutlichkeit der Verlauf der Massentungebung.

Der Massenprotest

Die sozialistische Einheitsfront marschiert auf

Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner hatten Braunschweigs Bevölkerung am Sonnabend, dem 24. Oktober, zu einer Massentungebung im größten geschlossenen Raum der Stadt, in der Stadthalle, gegen Naziterror und faschistisches Willkürregiment aufgerufen. Über 6000 Männer und Frauen waren dem Rufe gefolgt. Lange vor Beginn mußte die Polizei den überfüllten Raum absperren. Tausende fanden keinen Einlaß. Sie harhten trotz des frühen, regnerischen Wetters im Freien, wohin durch Lautsprecher die Reden des Abends übertragen wurden.

Auf wessen Seite die erdrückende Mehrheit der Braunschweiger Arbeiterschaft stand,

das bewies dieser gewaltige Zustrom. Niemand zuvor hat die Braunschweiger Stadthalle einen derartigen Massenbesuch gesehen, auch nicht bei Hitler, der sich für 5. 3 und 2. A wie eine Primadonna von inflationärsbläsern Spißhaken feiern ließ. Niemand wäre die Nazipartei der Stadt Braunschweig imstande, soviel Menschen auf die Beine zu bringen, wie es der Ruf der sozialistischen und republikanischen Organisationen vermocht hatte. Die Kommunisten, die tags darauf eine Kundgebung veranstalteten, hatten kaum die Hälfte der Besucher aufzuweisen.

Der Parteivorstand spricht

Otto Wels, Führer der Deutschen Sozialdemokratie, zieht ein jugendliche Fasentzuckerblätter begrüßen den Zug der Jugend mit unzähligen Fahnen und Wimpeln. Durch das von Reichsbannerkameraden gebildete Spalier mitten durch die tausendköpfige Menge schreut der Parteivorstand, kühnlich umjubelt von den Massen, die ihre Treue zur Partei und ihre Zuversicht in die Führung dokumentieren.

Der Führer spricht. Anklage auf Anklage gegen die Bürgerkriegsbegehr und ihre Söldlinge, Abrechnung mit den Harzburger Inflationstreibern und ihren faschistischen Stoßtrupps, die in Braunschweig eine Siegesfeier veranstalten wollten über den Sturz der Reichs- und Preußenregierung, über die dann freigewordene Bahn einer nationalsozialistischen bevormundeten und abgeimpften Fasentzuckerregierung.

Wehe, so ruft Otto Wels, den Braunschweig dem gesamten werktätigen Volk Deutschlands zu, wenn die politischen

Hochstapler von Harzburg gesiegt und ihren Willen im Reichstag durchgesetzt hätten.

Das wäre für die Hitlerbanden das Signal zum Bürgerkrieg gewesen!

Darum toleriert die SPD das Brünningskabinett, das nicht unsere Politik betreibt. Die Geschichte wird einst urteilen, daß die Sozialdemokratie recht handelte.

Nicht einen Meter vor dem Ziele die Nerven verlieren, mit diesen Worten hat Hitler seine Mannen in Braunschweig beschworen. Jene, so schloß der Parteivorstand seine wiederholte von donnerndem Beifall unterbrochene Rede, werden bestimmt die Nerven verlieren, weil wir, die Millionenorganisationen des deutschen Proletariats, sie behalten. Die Sozialdemokratie, in jahrzehntelanger Arbeit durch hingebende Aufopferung der breiten Massen aufgebaut, steht auf festem, sicherem Fundament, während Hitler auf Aquilant gebaut hat.

Dank euch Braunschweiger Arbeiter, die ihr auf Vorposten für Demokratie und Freiheit, für Sozialismus und Völkerrfrieden ausbarrt. Die deutsche Arbeiterklasse, die gesamte Internationale wird euch im Kampf gegen den Faschismus nicht im Stich lassen. Feierliches Gedenks des Mannes, der an der Spitze einer Millionenorganisation steht,

inbeider Aufschrei der Masse, die nach allen faschistischen Schreckensstagen von einem heiligen Akt befreit wird. Sie spürt, ihre Stärke beruht in der unerschütterten Solidarität! Braunschweigs Arbeiterklasse steht nicht allein, sie bildet einen Teil der Millionenfront der Sozialisten aller Länder.

Weitere Redner geloben Solidarität. Der Reichsbannerführer Höllermann mahnt: Ginein in das Reichsbanner! Die Reihen der Schutztruppe der demokratischen Republik, des heissen Kampfbodens der organisierten Arbeiterkraft, verstärken!

Der Parteivorstand der Braunschweigischen Landtagsfraktion, Dr. Jäpper, rechnet mit dem Reichsminister Klages ab. Das Blut der ermordeten Arbeiter, das Blut der Verletzten kommt über diesen Funktionär Hitlers! Wieder donnert zumtönen der Beifall. Tausende unterstreichend die scharfe Anklage.

Berlins Sozialdemokratie überbringt durch Genossen Künzler Kampfesgrüße Ein Hitler und seine Horden imponieren uns nicht — wir werden mit diesen Spitzhaken eines untergegangenen reaktionären Deutschlands fertig werden.

Die Jugend beschließt die Demonstration mit dem trutzigen Sprechchor: „Rote Rebellen“. Brauend steigt der Gesang der Internationale in den Aienraum.

Braunschweigs Arbeitermassen haben eine hinreichende und aufrüttelnde Demonstration erlebt, ein Bekenntnis zum geistigen und friedlichen Kampf, aber, wenn es sein muß, auch zur harten, unerbittlichen Abwehr.

Genug der faschistischen Brutalitäten und Blutaten! Die Gebuld der friedliebenden Bevölkerung ist erschöpft.

Eine neue Kraftanstrengung geht von der Demonstration der Abertausende aus. Nicht aufgeschloffen sind die Reihen der proletarischen Organisationen. Ihre politische Führung hält nach wie vor die Sozialdemokratische Partei in fester Hand. Geschlossen und einig, willensstark und kampfmütig, unbeirrt im Ziel, so marschieren wir!

Wie in Braunschweig so in ganz Deutschland — an dieser Front muß der Faschismus zerbrechen.

Die Stadthallen-Rundgebung

